

„... auf dem Weg zur VV des ÖRK 2022 in Karlsruhe“:

Materialien zum Diskurs Israel - Palästina

Ein Reader

zum internen Gebrauch zusammengestellt von Klaus Müller

Inhalt

Vorbemerkung	2
„Kairos-Palästina Dokument“, 2009 (https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/other-ecumenical-bodies/kairos-palestine-document)	
Der badische Antwortbrief auf das Kairos-Palästina Dokument, 21.10.2010	3
Überlegungen zum Umgang mit dem Kairos-Palästina Dokument (Müller)	8
Forum Friedensethik: Eckpunkte zur Israel-Palästina-Problematik, 20.5.2020	10
Die Replik der EMOK auf „Kairos-Palästina“, 22.4.2010	13
Zum EMOK Policy-Papier „Israel -Palästina“: Zusammenfassung des Inhalts (Müller)	15
Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina aus der EKIR, 9.9.2011	19
„Cry for Hope“, 2020	23
Antwortbrief des Landesbischofs	27
BDS (Boykott, Desinvestment, Sanktionen gegen Israel)	
BDS-Gründungsaufruf im Jahr 2005	29
Erwägungen zum Umgang mit dem Bundestagsbeschluss vom 17.5.2019 zu BDS (Müller)	30
Replik auf den Bundestagsbeschluss von Cornelia Füllkrug-Weitzel, 17.5.2019	31
Aufruf von 240 jüdischen Wissenschaftlern, 3.6.2019	33
Erklärung Kairos-Palästina-Solidaritätsnetz, Forum Friedensethik ua., 4.6.2019	35
Interview mit Michael Wolffsohn, 12.6.2019	37
Texte aus der Ökumene	
Amsterdam ÖRK-VV 1948 “The Christian Approach to the Jews”	39
ÖRK Policy-Papier Palästina und Israel 1948-2016 (Summary), 1.1.2017	43
ÖRK zum BDS-Vorwurf, 29.7.2019	46
ÖRK reagiert auf Antisemitismuvorwürfe von NGO Monitor, 29.1.2019	47
Katja Dorothea Buck, Artikel zum ÖRK-Programm EAPPI, 4.2.2019	49
ÖRK-Erklärung zu EAPPI, 27.5.2019	51
United Church of Christ, General Synod 30, Israel and Palestine, 30.6.2015	53
New York Times-Artikel zum UCC-Beschluss: “United Church of Christ Approves Divestment to Aid Palestinians”, 30.6.2015	56
Communiqué WCC and IJCIC, 28.6.2019	58
Zum Antisemitismus-Begriff	
IHRA-Definition	60
Jerusalemener Erklärung	62

Stand: 1. Juli 2021

Vorbemerkung

Aus theologisch-kirchlicher Perspektive über „Möglichkeiten einer friedlichen Koexistenz von Israel und Palästina“ nachzudenken ist bleibende Aufgabe und innerstes Anliegen zugleich. Jenseits festgefahrener Zuschreibungen und Positionierungen im gesellschaftlichen wie auch im kirchlichen Raum suchen wir eine so weit wie möglich konsentrierte Sprache im Diskurs über eines der schwierigsten Konfliktfelder, dem Verhältnis zwischen Israel und Palästina sowie unserem Verhältnis zu beiden.

Vielfältige Motive drängen zu einer Neubesinnung:

- Zuerst und vor allem: Das Konfliktfeld zwischen Israelis und Palästinensern hat in den letzten Jahren deutlich an Schärfe zugenommen: Israelische Siedlungspolitik und Checkpoints, der Verlauf der Trennmauer und die täglichen Belastungen der Besatzung schnüren das Leben der Palästinenserinnen und Palästinenser bis ins Unerträgliche ein. Auf der anderen Seite steht die bleibende Sorge der Israelis um die Fortexistenz ihres Staates inmitten einer feindlich gesinnten Umgebung, bewegt sich das Leben in grenznahen Gebieten ständig in der Angst vor Raketenbeschuss und terroristischen Anschlägen. Dialog und Austausch sind so gut wie zum Stillstand gekommen; stattdessen übernehmen Hardliner das politische Ruder.
- Hierzulande scheint sich das vergiftete Konfliktfeld Nahost abzubilden in der Polarisierung einer Gesprächssituation, wie wir sie bisher nicht gekannt haben. Diffamierungen, Zuschreibungen und Ausgrenzungen beherrschen das Feld statt aufeinander zu hören und gemeinsam Lösungsansätze und mögliche Kompromisse auszuloten.
- „Apartheid“, „ethnische Säuberung“, „Genozid“ „Antisemitismus in sekundärer israelbezogener Version“ sind Etikettierungen, die verteilt werden. Es bedarf dringend der Klärung der Sprache mittels einer unverstellten, unvoreingenommenen Wahrnehmung dessen, was geschieht.
- Der umstrittene Bundestagsbeschluss vom 17.5.2019 zum Zusammenhang zwischen BDS-Bewegung und Antisemitismus befeuert weiter die polarisierte Debatte.
- Das seinerzeit mit hoher Aufmerksamkeit aufgenommene Kairos-Palästina Dokument ruft berechtigterweise nach 10 Jahren seit seinem Erscheinen nach einer Wiederbefassung.
- Last but not least: Im Vorblick auf die Weltversammlung des ÖRK 2022 in Karlsruhe steht eine Wiederbeschäftigung mit der Israel-Palästina-Thematik zu erwarten. Die Gastgeberkirche(n) tun gut daran, in möglichster Konsentrierung diesbezüglich das Gespräch mit dem ÖRK zu führen.

Vorliegender Reader stellt eine - sehr begrenzte - Auswahl von Bezugstexten zur weiteren Beschäftigung mit der Israel-Palästina-Thematik zusammen und ist online abrufbar auf https://www.ekiba.de/html/israel_palaestina.html.

Der badische Antwortbrief auf das Kairos-Palästina Dokument von 2010

AZ 16/841 21. Oktober 2010

Kairos - Zeit für Frieden in Israel und Palästina

Ein geschwisterlich kritischer Brief aus der Evangelischen Landeskirche in Baden an die Verfasserinnen und Verfasser des Kairos-Palästina-Dokuments, Dezember 2009 •

Liebe Schwestern und Brüder in Christus,

in ökumenischer Verbundenheit hören wir in der Evangelischen Landeskirche in Baden den Appell aus unseren Schwesterkirchen in Palästina. Der palästinensische „Schrei der Hoffnung, wo keine Hoffnung ist“ entspringt der Erfahrung täglichen Leidens, täglicher Demütigung und Entrechtung. Er darf nicht ungehört verhallen. Wir teilen mit unseren Schwestern und Brüdern in Palästina das Zutrauen in die Wirkkraft von „Glauben, Hoffnung und Liebe“ und strecken uns mit ihnen aus nach einer Zeit, in der Hass, Rechtsbeugung und Friedlosigkeit der Vergangenheit angehören werden.

(1) Das „Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe“ nimmt uns hinein in eine Zukunftsperspektive für Palästina und Israel jenseits der „teuflischen Zyklen der Gewalt“, die die Vergangenheit bestimmt haben. Es orientiert sich an einer „Kultur des Lebens“, in der das politische und religiöse Miteinander der Völker im Nahen Osten - bei all seiner Komplexität - nach dem Grundprinzip der Liebe und ihrer Kraft (5.4.2) gestaltet und organisiert wird. Diese Vision im Geiste des Evangeliums erreicht uns als ökumenische Stimme aus den Kirchen in der Region der christlichen Ursprünge, dem „Land der Auferstehung“ (3.5). Wir hören sie als „Frohbotschaft“ in einer Situation, in der im israelisch-palästinensischen Konflikt allenthalben die Bereitschaft abgenommen hat, die eigene Interessenslage auch in Bezug zu setzen zur Sicht und Erfahrung der jeweils anderen Seite. Selbst wenn der Konflikt keine Neutralität erlaubt, verstören doch die zu beobachtenden Verhärtungen in der jeweiligen Parteinahme, in der Konfliktregion selbst wie auch bei uns in Deutschland. Die Institutionen der Verständigung und des Dialogs, wie es sie trotz aller Rückschläge gibt, bedürfen der Stärkung: als deutliche Zeichen der Hoffnung inmitten zunehmender Unversöhnlichkeit und gegenseitiger Abschottungen. Sie gehören zu den mutigen Zeugnissen der Hoffnung und des Vertrauens inmitten lähmender Resignation und abgrundtiefen Misstrauens.

(2) Der „Schrei der Hoffnung, wo keine Hoffnung ist“, der uns nun erreicht, lässt uns innehalten. Wir hören den Appell, der auch uns gilt. Wir tun dies in der Gemeinschaft, in die uns die vielfältigen Beziehungen unserer Landeskirche und ihrer Mitglieder zu Menschen in Israel und Palästina geführt haben. Die Begegnungen mit Christen und Juden in Palästina und in Israel sind nicht nur Ausdruck der Verpflichtungen, die die Grundordnung unserer Landeskirche festhält. Sie sind wichtiger Teil der Lebenswirklichkeit unserer Kirche. Dies gilt insbesondere für die durch das Evangelische Missionswerk in Südwestdeutschland vermittelten Verbindungen zu unseren Partnerkirchen, der Bischöflichen Kirche von Jerusalem und der National Evangelical Church im Libanon, ebenso wie zu den Gruppen und Institutionen in Israel, die uns wichtige Erfahrungen und Einsichten im christlich-jüdischen Dialog eröffnet haben. In diesem Kontext berührt der Kairos-Palästina-Appell den Kern unseres eigenen Christ- und Kircheseins.

(3) Lasst uns an dieser Stelle versuchen genauer zu erklären, welche Überzeugungen wir während der letzten Jahrzehnte im christlich-jüdischen Gespräch gewonnen haben und welche konkreten Handlungsmöglichkeiten wir im Blick auf den eindringlichen Appell aus Palästina sehen.

(4) Die Evangelische Landeskirche in Baden hat nach einem langen Prozess der Neubesinnung und des Umdenkens die Einsicht in ihre bleibende Bezogenheit auf Israel in ihre verbindlichen Grundlagen aufgenommen: „Die Evangelische Landeskirche in Baden will im Glauben an

Jesus Christus und im Gehorsam ihm gegenüber festhalten, was sie mit der Judenheit verbindet. Sie lebt aus der Verheißung, die zuerst an Israel ergangen ist, und bezeugt Gottes bleibende Erwählung Israels. Sie beugt sich unter die Schuld der Christenheit am Leiden des jüdischen Volkes und verurteilt alle Formen der Judenfeindlichkeit.“ So Artikel 3 der Grundordnung. Als besonderen kirchlichen Auftrag hält unsere Grundordnung in Art. 55 fest: „Die Landeskirche ist darauf bedacht, in Gottesdienst und Unterricht, Lehre und Leben ihr Verständnis des Volkes Israel als Gottes Volk wach zu halten, wie es in Artikel 3 niedergelegt ist.“ Den bleibenden Bezug der Kirche Jesu Christi auf Israel und das Judentum „wach“ zu halten gehört zu den fundamentalen Lebensäußerungen der Kirche. Wenn wir nun „wachen Auges“ das Konfliktfeld um Israel/Palästina in den Blick nehmen, nehmen wir Zusammenhänge wahr, die wir unseren Schwestern und Brüdern in Palästina nicht verschweigen wollen:

(5) Den „Schrei der Hoffnung“ wahrzunehmen ist Eines, die Realität zu analysieren und zu deuten ist ein Anderes - hier scheinen uns die im Papier gewählten Worte einseitig und monokausal. Die Besatzung zu verurteilen ist Eines, den Grund für den gesamten Konflikt auf die Besatzung zu reduzieren (1.4) ist ein Anderes. Die Ideologie der Hamas findet ebenso wenig Erwähnung wie die Raketen auf Sderot und Aschkelon oder gar die lange Reihe der Selbstmordattentate früherer Jahre. Von einem Existenzrecht des Staates Israel ist an keiner Stelle ausdrücklich die Rede; vielmehr erscheint die Existenz des Staates Israel von seiner Gründung an insgesamt unter dem Vorzeichen „Unrecht“ (2.3.2) und stellt die Katastrophe schlechthin dar: „Nakba“ (3.3.3).

(6) Das Papier rückt - in der unbestimmten Offenheit einzelner zentraler Formulierungen - den Zionismus in die Nähe des Rassismus und ebenso den Staat Israel in die Nähe eines Apartheidstaates à la Südafrika. Beide Assoziationen halten wir für unsachgemäß und politisch verfehlt. Der Aufruf zu Wirtschaftssanktionen und Boykott ist für viele Deutsche aufgrund der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus undenkbar.

(7) Die theologischen Implikationen des Kairos-Palästina-Papiers (2.2ff) verlangen nach einem vertieften theologischen Dialog, den wir uns wünschen. Die im Kairos-Papier gesetzten theologischen Akzente reiben sich an Einsichten, die wir im christlich-jüdischen Gespräch gewonnen haben: Die hermeneutische Schaltstelle Hebräer 1,1-2 begründet einen christlich-palästinensischen Erfüllungsglauben, der eine für die Gegenwart relevante eigenständige jüdische Glaubensgeschichte verunmöglicht. Die Deutungshoheit über die Offenbarungsgeschichte ist eine christliche, d.h. eine christlich-palästinensische. Die Erwählung des Erstlingsvolkes Israel wird übersprungen zugunsten eines „universellen Auftrag(es) für die Welt“, mit dem sowohl die Patriarchen als auch die Propheten und die Apostel betraut seien (2.3.1). Die fundamentale Bedeutung des Landes Israel wird verflüchtigt in eine unscharfe Rede vom „Erdbreis“ bzw. einer „Universalität“ des Landes. Ohne an dieser Stelle in biblizistische Kurzschlüsse zu verfallen (gegen die sich das palästinensische Papier mit Recht wehrt), gilt doch: Das Land Gottes wird zum Erbe Israels; die Völker der Welt können nicht an diesem einen Volk vorbei bleibenden Anteil an Gottes Land gewinnen. Wir nehmen wahr, dass von dieser Überzeugung letztlich auch das palästinensische Papier erfüllt ist, wenn es formuliert: „Gott hat uns als zwei Völker hierher gestellt, und Gott gibt uns, wenn wir es nur aufrichtig wollen, auch die Kraft, zusammenzuleben und Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen, das Land wahrhaft in Gottes Land zu verwandeln“ (2.3.1).

(8) Ausdrücklich begrüßen wir den hoffnungsstarken Appell, der im Papier unserer palästinensischen Geschwister steckt: den eindringlichen Aufruf, „dem Fanatismus und Extremismus abzuschwören (5.4.1), die Aufforderung zum interreligiösen Dialog (3.3.2), den Ruf nach einer neuen Bildungsarbeit, die im Anderen das Antlitz Gottes wieder zu erkennen vermag (9.2). Tief bewegend in diesem Wort aus Palästina ist die Erinnerung an das biblische Gebot der Liebe und die daraus resultierende Bereitschaft, die Liebe zum Grundprinzip allen Lebens und Zusammenlebens zu machen (5.4.2). Die palästinensischen Christinnen und

Christen finden unsere offenen Ohren, wenn sie rufen: „Wir verurteilen alle Formen von Rassismus, gleichviel, ob religiös oder ethnisch begründet, einschließlich Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, und wir appellieren an euch, ihn ebenfalls zu verurteilen und ihm entgegenzutreten, wo und in welcher Form auch immer er auftritt“ (6.3).

(9) Angesichts aller gescheiterter Verhandlungsversuche bisher gewinnt der Vorschlag neu an Überzeugungskraft, mit der Jerusalemfrage zu beginnen und sie nicht bis in irgendeine Zukunft hinein zu vertagen: „Diese Frage muss der erste Verhandlungspunkt sein, denn die Anerkennung Jerusalems als heiliger Stadt und ihrer Botschaft wird eine Quelle der Inspiration für die Lösung des Gesamtproblems sein, das weitgehend ein Problem gegenseitigen Vertrauens und der Fähigkeit ist, in diesem Land Gottes ein neues Land zu schaffen“ (9.5).

(10) Die Evangelische Landeskirche in Baden nimmt mit großer Zustimmung die Erklärung des Exekutivausschusses der Evangelischen Mittelostkommission der EKD vom April 2010 zur Kenntnis, die das palästinensische „Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe“ differenziert würdigt. In der Tat gibt es „Gutes und Neues“ wahrzunehmen in diesem Dokument, wenn auch „Anfragen und Vorbehalte“ unübersehbar bestehen.

(11) Wir unterstützen den Vorschlag des Missionsrates des Evangelischen Missionswerks in Südwestdeutschland im Juni 2010 (Bad Herrenalb) eines Prozesses stetiger Konsultation und des Austausches mit allen beteiligten Kirchen als einen Beitrag zum Bau eines „Nahen Osten in Solidarität“.

(12) Welche konkreten H a n d l u n g s o p t i o n e n unsererseits sehen wir nun, die möglicherweise geeignet sind, einen Beitrag zur Antwort auf die Frage zu leisten: „Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzuerlangen?“ (6.1) Erklärtes Ziel des Kairos-Appells ist ja nicht, einer Fülle vorhandener Verlautbarungen zum Frieden in Nahost eine weitere hinzuzufügen. Vielmehr geht es darum, zu konkreten Aktionen aufzurufen, die dazu beitragen könnten, einem gerechten Frieden im Nahen Osten näher zu kommen. Die Komplexität der „Wahrheit“, wie sie sich uns im Nahen Osten darstellt, verbietet vereinfachende Antworten. Beispielsweise können wir angesichts der über Jahrzehnte gewachsenen zerstörerischen Potenziale von Hass, Misstrauen und Militarisierung und der durch sie entstandenen Traumata die wünschenswerte Aufhebung des Besatzungsstatus und der Siedlungstätigkeit lediglich als einen zentralen und notwendigen Schritt in einem umfassenden Friedensprozess verstehen. Erst eine Vielzahl weiterer wechselseitiger vertrauensbildender Maßnahmen wird allmählich zur Deeskalation der Gewalt und zu dauerhafter Gewaltentflechtung führen. Darum sehen wir als Religionsgemeinschaft im Bereich der Vertrauensbildung und der Mithilfe am Aufbau robuster zivilgesellschaftlicher Institutionen in der palästinensischen Gesellschaft den Schwerpunkt unserer Mitwirkungsmöglichkeiten.

(13) Unsere prioritären Handlungsoptionen liegen in einem breiten Spektrum von Aktivitäten, die wir im Einzelnen kurz benennen wollen; diese Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und bildet lediglich den Auftakt zu einem „kreativen Prozess“, zu dem uns die Verfasserinnen und Verfasser des Kairos-Dokuments an anderer Stelle eingeladen haben.

(14) Wir verpflichten uns zu noch intensiverer Fürbitte für palästinensische Christen, aber auch für palästinensische Muslime sowie für Juden in Israel und der weltweiten Diaspora. Besondere Gelegenheiten dazu sind das bevorstehende „Ökumenische Abendgebet im Advent“ sowie die weltweite „Gebetswoche für die Einheit der Christen“ 2011.

(15) Wir hören die großherzige Einladung des Kairos-Aufrufs: „Kommt und seht“ und werden sie an die Gruppen, die aus unserer Landeskirche nach Israel und die palästinensischen Autonomiegebiete reisen, weitergeben. Dazu werden wir Anregungen aus dem „Code of

Conduct“, herausgegeben von der „Palestine Initiative for Responsible Tourism“, aufnehmen.

(16) Wir beteiligen uns am „Ökumenischen Friedensdienst in Israel und Palästina“ mit seinem „Ökumenischen Begleitprogramm“ und entsenden über das Freiwilligenprogramm unserer Landeskirche sowie über das Evangelische Missionswerk in Südwestdeutschland jährlich mehrere Jugendliche zu Einsätzen in Einrichtungen in Israel und Palästina. Wir fördern theologische Studienaufenthalte sowohl in Israel wie an der Near East School of Theology in Beirut.

(17) Wir suchen verstärkt die Kontakte zu unseren arabischen Partnerkirchen in Palästina und Israel und pflegen die schon bestehenden Verbindungen zu den jüdischen Einrichtungen in Israel. In unseren Gesprächen werden wir darum bemüht sein, der Perspektive der jeweils anderen Seite Raum zu geben.

(18) Angesichts verhärteter Diskussionslagen bemühen wir uns darum, das Kairos-Dokument und andere palästinensische Positionen mit Einzelnen und Gruppen, die in unserer Landeskirche in besonderer Weise dem christlich-jüdischen Gespräch verpflichtet sind, ins Gespräch zu bringen. Umgekehrt werden wir selbstverständlich auch darum bemüht sein, Engagierten mit besonderer palästinensischer Loyalität christlich-jüdische Perspektiven nahe zu bringen.

(19) Auch im Interesse der weltweiten Verständigung der Religionen wollen wir in unserer Landeskirche weiterhin das Gespräch und die Begegnung mit den bei uns lebenden Muslimen und Muslima intensiv fördern. Wir möchten dabei den besonderen Erfahrungsschatz einbeziehen, über den die arabischen Christen durch ihr Zusammenleben und die gemeinsame Sprache mit den Muslimen ihrer Umgebung nun schon seit Jahrhunderten verfügen. Zugleich wollen wir die interreligiöse Dimension des Nahostkonflikts im Auge behalten, der als Schlüsselkonflikt auf das Zusammenleben von Christen und Muslimen in vielen Teilen der Welt, z.B. bei unseren Partnerkirchen in Indonesien, oft unmittelbare Auswirkungen hat.

(20) Das Kairos-Dokument betont die Bedeutung von Bildungsprogrammen. Diese „müssen helfen, einander richtig kennen zu lernen, anstatt einander nur durch das Prisma des Konflikts, der Feindschaft oder des religiösen Fanatismus wahrzunehmen.“ (9.2) Die Evangelische Kirche in Deutschland ist den kirchlichen Bildungseinrichtungen im Nahen Osten schon seit vielen Jahren verbunden. Hier liegt ein wichtiger Teil der Mithilfe am Aufbau zivilgesellschaftlicher Einrichtungen in Palästina. Die Evangelische Landeskirche in Baden pflegt und fördert in besonderem Maße die Beziehungen zu den Schneller-Schulen in Jordanien und dem Libanon. Regelmäßiger Austausch durch die Schülerinnen- und Schülerarbeit unserer Landeskirche wird durch substantielle finanzielle Förderungen dieser Bildungseinrichtungen ergänzt.

(21) Zwischenkirchliche Hilfe und Kollekten unterstützen in vielfältiger Hinsicht die bedeutsamen Dialogprogramme der Kirchen und Gemeinden in Palästina und Israel und die dafür geschaffenen Einrichtungen. Den dort institutionalisierten interkonfessionellen, interreligiösen und politischen Dialog betrachten wir als eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau einer friedensfähigen Zivilgesellschaft. Gleiches gilt für tragfähige karitative Einrichtungen, die ihre Arbeit ohne Ansehen von Religion und ethnischem Hintergrund an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten. Zuletzt konnten wir in diesem Sinn das Krankenhaus, das die Bischöfliche Kirche von Jerusalem im Gazastreifen unterhält, durch substantielle Kollektennittel unterstützen.

(22) Beträchtliche landeskirchliche Finanzmittel, sowohl aus dem Haushalt wie aus dem Spendenaufkommen, erreichen über den Evangelischen Entwicklungsdienst (eed) und das Hilfswerk „Brot für die Welt“ vor allem kirchliche und säkulare Projekte und Organisationen in Israel und Palästina, die sich dem Aufbau von Strukturen widmen, die die Rechtssicherheit stärken in einem Umfeld von Diskriminierung und Rechtsverletzungen.

(23) Unsere Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen über die Evangelische Kirche in Deutschland gibt unserer Landeskirche Gelegenheit, an der Arbeit, den Stellungnahmen und der Advocacy-Arbeit des ÖRK mitzuwirken. Wir beteiligen uns an der jährlichen „Weltweiten Aktionswoche für Frieden in Palästina und Israel“. Unsere Mitwirkungsmöglichkeiten am Israel/Palästina-Engagement des ÖRK sind jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft und könnten, ob in Zustimmung oder in Kritik, intensiviert werden.

(24) Wo das Völkerrecht durch Handlungen staatlicher Instanzen Israels oder auch Palästinas eindeutig missachtet wird, ist dies uneingeschränkt beim Namen zu nennen. Das Interesse vieler Abgeordneten des Deutschen Bundestags an den Entwicklungen in Nahost ist beachtlich. Darum legt es sich nahe, Völker- und Menschenrechtsverletzungen in der Region im Kontakt mit Bundestagsabgeordneten und anderen Vertreterinnen und Vertretern politischer Parteien thematisiert werden.

(25) Wir unterstützen den Evangelischen Entwicklungsdienst (eed) in seiner zusammen mit Misereor durchgeführten „Gemeinsamen Initiative humanitäres Völkerrecht Nahost“. Ohne eine Achtung des humanitären Völkerrechts wird es im israelisch-palästinensischen Konflikt keine nachhaltigen Schritte zum Frieden geben können.

(26) Angesichts der Militarisierung des gesamten Nahostgebiets begrüßen wir es, dass die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) jährliche Rüstungsexport-Berichte vorlegt. Zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren sprechen wir uns für die Wiederaufnahme einer deutlicheren Kontrolle von Waffenexporten durch den Deutschen Bundestag in die Konfliktregion Israel/ Palästina aus.

(27) Da den USA eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Nahost-Konflikts zukommt, werden wir bei zukünftigen Begegnungen mit unserer nordamerikanischen Partnerkirche, der United Church of Christ, die ebenfalls in besonderem Maße in Israel/Palästina engagiert ist, die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Region erörtern.

Liebe Schwestern und Brüder, es ist Zeit für Frieden in Israel und Palästina. Es ist Zeit für ein Nein ohne jedes Ja zu allen Gewalttaten und Rechtsbeugungen auf allen Seiten des Konfliktes. Es ist Zeit für israelische wie für palästinensische Selbstkritik. Es ist Zeit, im jeweils Anderen den in seiner Existenz real bedrohten, geängstigten und darum überreagierenden Partner zu entdecken. Es ist Zeit dem Menschen „auf der anderen Seite“ die Hand zu reichen, bevor es zu spät ist - es ist Zeit den „Kairos“ zu ergreifen und die Zeit des Bösen zu verabschieden. So möchten wir Euch, liebe Schwestern und Brüder, begleiten auf dem Weg in ein wahrhaft von Gottes Geist erneuertes „Heiliges Land“, in dem Frieden und Gerechtigkeit regieren mögen - als Gefährtinnen und Gefährten des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe.

Miteinander für diese Zukunft in Frieden und Gerechtigkeit betend und arbeitend grüße ich Euch im Namen aller, die sich in unserer Landeskirche mit dem Kairos-Palästina-Dokument befasst haben, sehr herzlich

Johannes Stockmeier, Oberkirchenrat Vorsitzender des Beirates für Ökumene, Mission, Kirchlichen Entwicklungsdienst und Interreligiöses Gespräch

Quelle: https://www.ekiba.de/html/aktuell/aktuell_u.html?artikel=2096&default=true&m=5081&stichwortsuche=Kairos-Pal%C3%A4stina%2CKairos%2CPal%C3%A4stina

Zum „Kairos-Palästina Dokument“:

Überlegungen zum Umgang mit dem Kairos-Palästina Dokument (Klaus Müller)

Zehn Jahre nach dem Erscheinen des Kairos-Palästina Dokuments unter dem Titel „Die Stunde der Wahrheit - Ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens

der Palästinenser und Palästinenserinnen“ ist das Anliegen einer erneuten Beschäftigung mit diesem Aufruf voll und ganz berechtigt. Die Frage ist einzig und allein diejenige nach dem angemessenen „Procedere“ einer Wiederbehandlung. Kurzatmige Erklärungen helfen nicht weiter.

Im Zuge der Vorbereitungen auf die Vollversammlung des Ökumenischen Rates 2021 in Karlsruhe steht eine erneute vertiefte Beschäftigung der Landeskirchen im Raum der EKD mit der Israel-Palästina-Thematik zu erwarten. Fachgespräche diesbezüglich haben landeskirchenübergreifend begonnen und werden weitergeführt - Fragen der Neubewertung der politischen Situation in der Region, Klärung theologischer Grundlagen, die kritische Sichtung von EKD-Basistexte wie die Policy-Erklärung der Evangelischen Mittelostkonferenz und nicht zuletzt auch die Verhältnisbestimmung zum Kairos-Palästina-Impuls stehen an.

Im Folgenden seien Überlegungen zu einem inhaltlichen Orientierungsrahmen für eine erneute Befassung mit Kairo-Palästina in Grundzügen skizziert:

(1) Bleibend steht die ekiba von ihren Grundlagen her in einer doppelten Beziehung: In der „Gemeinschaft der gesamten Christenheit (GO Art.1) steht sie gerade auch mit den Kirchen im „Mutterland“ des christlichen Glaubens in der „Gemeinschaft der Getauften, deren Haupt Jesus Christus“ ist (GO Art.2 und Art.4). In diese Grundaussagen eingebettet ist die grundlegende Verbundenheit der Kirche mit der „Judenheit“ im Festhalten der bleibenden Erwählung des Gottesvolkes und der Abwehr jeglicher Judenfeindlichkeit (GO Art.3). In neutestamentlichen Bildern von der Kirche gesprochen: Es hat der „Leib Christi“ bleibend und konstitutiv zu tun mit dem „Ölbaum“; um ein anderes biblisches Bild aufzunehmen: Es bewegt sich der „Christusleib“ immer schon im „Weinberg Israel“. Dieses gewiss nicht konfliktfreie Doppelverhältnis ist immer wieder neu zu entfalten, zu materialisieren und zu konkretisieren.

(2) Im Jahr 2010 hat die badische Landessynode in einem „geschwisterlich-kritischen“ Brief auf das Dokument aus Palästina geantwortet. Die Essentials dieser Antwort sind auch heute nach zehn zunehmend schwierigen Jahren weiterhin in Geltung: Unsere Landeskirche sagt den palästinensischen Geschwistern ungebrochene Gemeinschaft zu, hält mit aller möglichen Intensität fest an der Kooperation im zivilgesellschaftlichen-sozialdiakonischen Bereich, die im Antwortbrief nach Bethlehem benannt sind. Und: Sie führt weiterhin die Debatte um die palästinensisch-kontextuelle Theologie insbesondere dort mit aller Energie, wo diese Gefahr läuft unter neuen Vorzeichen alte Muster der Ablösung und Ersetzung des Gottesvolkes zu propagieren. Geschwisterlich-kritisch - aber auch im besonderen Maß *selbstkritisch* (!) - ist neu nach der Kontextualität der jeweiligen Theologien zu fragen, der palästinensischen ebenso wie der westlich-deutschen.

(3) Landeskirchlicher Konsens dürfte auch weiterhin das klare Nein im badischen Antwortbrief zu Boykott und Sanktionen gegen Israel sein; wohlgedacht, nicht weil BDS antisemitisch wäre, sondern weil sie Verantwortlichkeiten pauschal-einseitig zuschreibt und den Konflikt monokausal erklärt. Auch wenn eine „deutsche“ Gefolgschaft zum Boykottgedanken ausgeschlossen bleibt, ist eine Würdigung der prinzipiellen Gewaltlosigkeit der Boykottbewegung in ihren Ursprüngen durchaus angebracht. Ausdrücklich bleibt das Streben nach einem freien, offenen Diskurs ohne Denk- und Redeverbote in Geltung sowie der Satz aus dem Brief: „Wo das Völkerrecht durch Handlungen staatlicher Instanzen Israels oder auch Palästinas eindeutig missachtet wird, ist dies uneingeschränkt beim Namen zu nennen. ... (24) Wir sollten nicht zögern, diese dann auch wirklich beim Namen zu nennen.“

(4) Die Landessynode hat in ihrer Antisemitismuserklärung im Herbst 2019 erklärt: „Die Landessynode bejaht nachdrücklich das Existenzrecht des Staates Israel. Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck und beten für ein versöhntes Miteinander von jüdischen und palästinensischen Menschen im Heiligen Land in einem gerechten und fairen Frieden für Alle. Im Glauben an die Veränderbarkeit von festgefahrenen Verhältnissen setzen wir auf die Unterstützung und

Förderung aller Kräfte und Initiativen, die Begegnung ermöglichen und dem Frieden dienen.“ In der aufgeheizten gegenwärtigen Debatte ist auf eine Differenzierung zwischen einem unverhohlen zu Tage tretenden Antisemitismus und kritischer Sicht auf die Regierungspolitik des Staates Israel zu bestehen. Dies gilt für den gesellschaftlichen Diskurs ebenso wie für die Debatten in den politischen Entscheidungsgremien hierzulande (siehe Bundestagsbeschluss zu BDS).

Leitungskreis: Dr. Dirk-M. Harmsen, Manfred Jeub, Johannes Maier, Jürgen Stude,
Dr. Wilhelm Wille, Dietrich Zeilinger, Dr. Theodor Ziegler

Eckpunkte zur Israel-Palästina-Problematik

vorgelegt

vom Leitungskreis des Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in
Baden Überarbeitete Fassung vom 20. Mai 2020

Seine Eingabe an die Landessynode zur Wiederaufnahme der Befassung mit dem Kairos-Palästina-Dokument hat der Leitungskreis des FFE begründet und diese Begründung gilt. Wenn sich nun abzeichnet, dass - auch im Vorfeld der Ökumenischen Weltversammlung in Karlsruhe - Gruppen in der Landeskirche sich zu der Problematik positionieren, so möchten auch wir mit dem folgenden Eckpunkte-Papier kurz die Grundsätze darlegen, von denen wir uns leiten lassen.

1. In dem Dezennium, das seit dem Hilfeschrei der Christinnen und Christen in Palästina (Kairos-Palästina-Dokument, 2009) vergangen ist, hat sich deren Lebenssituation in keiner Weise gebessert, sondern weiter verschlimmert. Die Besatzung hält an. Zunehmend wird Palästinensern ihr Land genommen und palästinensischer Wohnraum vernichtet. Illegale israelische Siedlungen dehnen sich aus. Der abgeriegelte, mehrfach bombardierte Gaza-Streifen bewegt sich nach übereinstimmenden Aussagen von Hilfsorganisationen am Rande einer humanitären Katastrophe. Wer der Einladung „*Kommt und seht!*“ des Kairos-Palästina-Dokuments von 2009 heute folgt, dem bietet sich der Anblick dermaßen eingenger Existenzbedingungen, dass man sie nur menschenunwürdig nennen kann. Wir halten diese Tatsachen für unbestreitbar und Stellungnahmen zur Sache, die sie nicht in aller Klarheit benennen, für unredlich.
2. Die unterschiedlichsten Menschenrechtsorganisationen, von internationalen NGOs über kirchliche und UN-Organisationen bis zu israelischen NGOs dokumentieren übereinstimmend, dass in den von Israel besetzten Gebieten fortwährend und gravierend gegen Menschenrechte verstoßen wird. Der Staat Israel reagiert darauf mit Delegitimierung von und Schikanen gegenüber Menschenrechtsorganisationen. Die Vereinten Nationen nannte der israelische Ministerpräsident ein „Haus der Lüge“, Organe des Weltkirchenrates, EAPPI und auch Brot für die Welt wurden als antisemitisch denunziert. Die deutsche Politik droht dem zu folgen, wenn etwa der Antisemitismusbeauftragte Baden-Württembergs (!) sich zuständig fühlt, „in internationalen Gremien (!) antisemitische Traditionen“ zu diagnostizieren (1. Bericht, S. 55) oder die deutsche Diplomatie die Untersuchung von Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu verhindern sucht.¹ Eine Solidarität mit Israel darf nicht zur Komplizenschaft mit Menschenrechtsverletzungen führen. Von einer so verstandenen „Staatsräson“ hat sich eine kirchliche Position unbedingt zu unterscheiden.
3. Eine gravierende Veränderung, die seit dem Hilferuf der palästinensischen Christen eingetreten ist und ihre Hoffnungen auf ein selbstbestimmtes Leben endgültig zu zerstören droht, ist der mit dem US-Präsidenten Trump eingetretene Politikwechsel, mit dem die Weltmacht eine Vermittlerrolle aufgeben

¹ <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/was-darf-der-internationale-straengerichtshof-16644248.html>

und sich auf die Seite Israels gestellt hat. Den Palästinensern werden nun auch ihre verbürgten Rechtspositionen abgesprochen; ein „Friedensplan“ fordert sie auf, selbst darin einzuwilligen. Unverblümt wird mit Realitäten argumentiert, die durch *das Recht des Stärkeren* geschaffen sind. Diese neue Lage bedarf u. E. einer gründlichen Reflexion, wie eine *Stärke des Rechtes* wiederzugewinnen ist. Konnte 2016 die sieben Jahre alte EMOK-Einschätzung noch unverändert fortgeschrieben werden, so bedarf sie 2020 einer Revision.

4. Es sind klare Lehren zu ziehen aus dem weitgehenden Versagen der Evangelischen Kirche gegenüber den Verbrechen der Nazizeit. Diese Verbrechen wurzelten in einer nationalistischen und rassistischen Ideologie, die Menschen, die ihrem Bild nicht entsprachen, das Menschsein absprach. Die entscheidende Alternative und Lehre aus diesem Zivilisationsbruch ist das Insistieren auf der einen unantastbaren Menschenwürde und das unbedingte Eintreten für die daraus folgenden universalen Menschenrechte. Zu deren Verletzung aus Loyalität zum Staat geschwiegen zu haben, ist die historische Schuld der Kirchen. Wir fragen uns, ob daraus die fällige Konsequenz gezogen wurde, sich eine evangelische Freiheit dem Staat gegenüber zu bewahren, der heute seinen politischen Grundsätzen im Verhältnis zum Staat Israel den, in einem Verfassungsstaat nicht vorgesehenen, Titel „Staatsräson“ verleiht. Erklärungen, insbesondere auch die jüngste (2/2020) des Rates der EKD, lassen uns daran zweifeln.
5. Zu den Lehren aus dem kirchlichen Versagen in der Vergangenheit gehört für uns auch, von dem unheilvollen Theologietypus Abschied zu nehmen, der in geschichtlichen Ereignissen ein Walten Gottes sehen wollte, Personen, Völkern, Staaten religiöse Dignität verlieh und einen Chauvinismus befeuerte. So verständlich das Pathos der Umkehr bei der Rheinischen Synodalerklärung 1980 war, so ist doch ihre Aussage, im Staat Israel ein „Zeichen der Treue Gottes“ zu erkennen, abzulehnen als Rückfall in alte Denkmuster unter umgekehrten Vorzeichen. Auch verwandten theologischen Konstruktionen, die einer Mythisierung des Staates Israel Vorschub leisten, ist eine Absage zu erteilen. Der Staat Israel ist 1948 - wesentlich unter dem Eindruck der deutschen Gräueltaten - durch Beschluss der Vereinten Nationen zustande gekommen. Da liegen seine unbestreitbare Existenzberechtigung und das besondere Verhältnis Deutschlands zu ihm begründet, aber auch die Verpflichtung beider auf die Völker- und Menschenrechtsstandards. Da liegt andererseits auch unsere deutsche Bringschuld gegenüber den Palästinensern, die mit dem UN-Teilungsplan und seinen Folgen zu Leidtragenden wurden.
6. Das Kairos-Palästina-Dokument bat seine Adressaten, „keinen theologischen Deckmantel für das Unrecht anzubieten, unter dem wir leiden.“ (6.1) Unserer Meinung nach ist genau das geschehen, wenn es im Antwortbrief der Badischen Landeskirche vom Okt. 2010 heißt: „Ohne an dieser Stelle in biblizistische Kurzschlüsse zu verfallen (gegen die sich das palästinensische Papier mit Recht wehrt), gilt doch: Das Land Gottes wird zum Erbe Israels.“ (7) Ob biblizistisch oder nicht: diese Aussage konvergiert mit der israelischen Siedlerideologie ebenso wie mit der amerikanischen Evangelikaler, Landansprüche göttlich zu legitimieren. Eine „Israeltheologie“, die dergestalt das Völkerrecht untergräbt, halten wir für inakzeptabel. Ganz grundsätzlich sind wir der Überzeugung, dass die religiöse Aufladung von Konflikten stets friedensgefährdend ist und sich Christen daran nicht beteiligen sollten.
7. Wenn es um das Verhältnis der deutschen Kirchen zu Israelis und Palästinensern geht, ist inzwischen häufig der Begriff „*doppelte Solidarität*“ zu hören.

Theologisch müsste sich doppelte Solidarität u. E. so ausdrücken, dass der Dialog mit den arabischen Christen auf gleicher Augenhöhe geführt wird, so, wie es im christlich-jüdischen geschieht. Wir monieren, dass das bei vielen deutschen Reaktionen auf das Kairos-Palästina-Dokument, so auch im Badischen Antwortbrief, nicht der Fall ist, sondern aus der einheimischen Diskurssituation heraus geradezu paternalistische Belehrungen erfolgten. Hier sehen wir Nachholbedarf, wenn die Solidarität tatsächlich eine doppelte sein soll.

8. Die Badische Landeskirche hat exemplarische Schritte in der Entwicklung einer christlichen Friedensethik getan, die sich vom Dogma der Friedenssicherung durch Androhung und Anwendung militärischer Gewalt löst. Wenn sie diese Ethik glaubwürdig vertreten will, dann kann sie auch im Fall des Staates Israel keine Ausnahme machen. Sie wird sich dabei in Gegensatz zur deutschen Außenpolitik begeben müssen. Die Beteiligung an der *Aktion Aufschrei* wird sich auch gegen Waffenlieferungen an Israel bis hin zu atomwaffenfähigen U-Booten richten. Umgekehrt gälte auch: unser Einspruch gegen die Beschaffung von bewaffneten Drohnen beim führenden Hersteller Israel müsste die Verurteilung von dessen Praxis der „gezielten Tötungen“ nach sich ziehen. Wenn die Bundeskanzlerin angesichts der Toten an der Gaza-Grenze das Selbstverteidigungsrecht Israels herausstreicht, wird eine *Kirche auf dem Weg des gerechten Friedens* mindestens die Unverhältnismäßigkeit der israelischen Gewalt ansprechen.
9. Kairos Palästina ist auch ein eindeutiges Bekenntnis zum Friedensgebot des Evangeliums und zur Gewaltfreiheit. Das sollte die Badische Landeskirche bei ihrer friedensethischen Positionierung ausdrücklich anerkennen. Das heißt allerdings auch, mitzubedenken, welcher gewaltlose Weg den Palästinensern anstelle des Aufstandes gegen die israelische Besatzung ohne Selbstaufgabe bleibt. Deutschland und auch unsere Kirche brauchen nicht auf Distanz zu gehen, wenn die EU und der Europäische Gerichtshof in Respektierung des Völkerrechts eine Kennzeichnung von Produkten aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen verlangt. Boykottmaßnahmen gegenüber Israel mag man hierzulande deplatziert finden. Ihre Verteufelung als antisemitisch darf eine *Kirche auf dem Weg des gerechten Friedens* nicht mitmachen. Sie bleibt ein von Gandhi, Martin Luther King und Desmond Tutu praktiziertes, legitimes Mittel des gewaltfreien Widerstands gegen übermächtiges Unrecht.

Replik der Evangelischen Mittel-Ost-Konferenz (EMOK) auf „Kairos-Palästina“ (22.4.2010)

Quelle: <https://www.ekd.de/EMOK-Texte-22521.htm>

Erklärung des EMOK-Exekutiv Ausschusses zu: Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen

Teil I: Was nehmen wir Gutes und Neues wahr in diesem Dokument?

Im Dezember 2009 haben palästinensische Christen und Kirchenführer in Jerusalem der Öffentlichkeit ein Dokument übergeben „Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“. Das Dokument ist ein Hilferuf von Menschen, die unter der Besetzung durch Israel leben müssen und unter dieser Besetzung leiden. Als solches ist es in der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen zu hören und sein Anliegen ernst zu nehmen. Das Dokument ist auch Ausdruck des christlichen Glaubens, dass dies sich ändern kann und sich ändern muss. Der Aufruf wendet sich an die palästinensischen Christen und will ihre Hoffnung stärken; er macht palästinensischen Muslimen die christliche Haltung deutlich (5.4.1); er ist ein Zeichen gegenüber dem Staat Israel und sucht die Solidarität mit den Geschwistern in der Ökumene. Wir erkennen, dass der Staat Israel als politisches Gegenüber vorausgesetzt und anerkannt wird und damit auch die Frage des Existenzrechtes Israels positiv beantwortet wird. Für uns ist das Existenzrecht Israels wie auch das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat ein entscheidendes Kriterium bei der Beurteilung jeglicher Stimme und Position zum Konflikt zwischen Israel, den Palästinensern und Palästinenserinnen und ihren Nachbarstaaten. Wenn sich der Aufruf in 3.4.3 gegen die Instrumentalisierung von Religion im politischen Konflikt ausspricht: „Deshalb darf keine Religion ein ungerechtes politisches System begünstigen und unterstützen, sondern sie muss vielmehr Gerechtigkeit, Wahrheit und Menschenwürde fördern. Sie muss alles tun, um politische Systeme, unter denen Menschen Unrecht leiden und die Menschenwürde verletzt wird, auf den rechten Weg zurückbringen“ stimmen wir dem uneingeschränkt zu und erkennen darin eine immer wieder neu an die eigene christliche Theologie zu richtende Anfrage; wir erkennen darin auch eine Absage an religiös-politische radikale Stimmen unter sog. christlichen Zionisten, radikal religiösen Gruppierungen in jüdisch-israelischen Gesellschaft und im Islam. Zu Recht wird der Dialog der Religionen als wichtiges Instrument der Versöhnung benannt. Die EMOK nimmt diesen Aufruf dankbar und mit großer Aufmerksamkeit entgegen. Vor allem würdigt sie die Versöhnungsbereitschaft, den Willen zur Gewaltfreiheit und den theologisch in der Liebe begründeten Verzicht auf jede Form von Rache (4.2.6) und Vergeltung, zu denen sich der Aufruf bekennt, z. B. 4.2.5 „Wir wollen nicht Widerstand leisten, indem wir den Tod bringen, sondern vielmehr, indem wir das Leben schützen.“ Die EMOK ist nachdrücklich bereit, in diesem entschlossenen Friedenswillen einen gemeinsamen Weg zu sehen, und das weitere klärende Gespräch anzugehen. Die EMOK weist darauf hin, dass die im Dokument ausgesprochene Einladung „Kommt und seht!“ schon in vielfacher Form und bei zahlreichen Gelegenheiten stattfindet - in unterschiedlichen Partnerschaften mit Kirchen, Gemeinden und christlichen Institutionen und Projekten, sowie in gelebter ökumenischer Solidarität im Rahmen des EAPPI-Programms.

Teil 2: Anfragen und Vorbehalte

1. zu 3.3: Der Dialog der Religionen ist ein wichtiger Beitrag zu Versöhnung im Konflikt. Zweifelsohne hat der palästinensische christlich-muslimische Dialog eine wesentliche Bedeutung. Alle drei Religionen sind aber für den Dialog wichtig; denn er muss umfassender sein als das Bemühen „die Mauern niederzureißen, die uns durch die Besetzung auferlegt werden“ (3.3.2). Es gilt die „verzerrte Wahrnehmung“ und „den Hass der Vergangenheit“ (3.3.4) zwischen den Menschen zu überwinden. Selbstkritisch ist auch die innerchristliche Zerrissenheit zu bedenken.

2. Wir hören den Aufruf als Ausdruck des Leidens des palästinensischen Volkes und sehen die von der israelischen Besetzung hervorgerufene Not. Ist aber die Besetzung die einzige Ursache für die Not des palästinensischen Volkes? Ist mit dem Ende der Besetzung automatisch das Ende des Leidens verbunden? Hier wünschen wir uns von der weltweiten christlichen Gemeinschaft, dass sie Ursachen und Folgen differenziert und genauer bestimmt.

3. Das betrifft z. B. 4.3 „Die Wurzeln des ‚Terrorismus‘ liegen in dem menschlichen Unrecht, das uns angetan wird, und in dem Übel der Besetzung.“ Wir müssen leider wahrnehmen, dass es muslimische, palästinensische Gruppierungen gibt, die Israel als Staat grundsätzlich - unabhängig von der Besetzung - bekämpfen haben und bekämpfen. So können wir die Handlungen der israelischen Regierungen wohl kritisieren oder die Besetzung verurteilen, aber die Bekämpfung des Terrorismus nicht einfach als „Vorwand“ (4.3) abtun.

4. Es wäre eine Hilfe, wenn die Verfasser des Aufrufs deutlicher machen, dass sie mit „Besetzung“ die im Juni 1967 von Israel eroberten Gebiete meinen, nicht aber auch das israelische Staatsgebiet innerhalb der Waffenstillstandslinie von 1949, das von der internationalen Gemeinschaft allgemein als israelische Grenze anerkannt wird. Zur notwendigen Differenzierung gehört auch, zu sehen, dass innerhalb der palästinensischen Gesellschaft dringend rechtsstaatliche Strukturen entwickelt werden müssen, um Gerechtigkeit und Frieden zu erreichen.

5. Es ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass wir bei dem Satz „Wir haben Hochachtung vor allen, die ihr Leben für unsere Nation hingegeben haben“ in keinem Fall an die Menschen denken können, die ihr Leben dadurch zu Ende gebracht haben, dass sie andere Menschen gewaltsam mit sich in den Tod gerissen haben.

6. Der Aufruf empfiehlt „den Rückzug von Investitionen und (...) Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besetzung hergestellten Güter“. Ein allgemeiner Boykott Israels erinnert die Kirchen in Deutschland an den Aufruf „Kauft nicht bei Juden!“ im Jahr 1933 und ist für uns nicht zu akzeptieren. Wir fragen jedoch: Welche anderen Solidaritätsmaßnahmen zugunsten des palästinensischen Volkes sind denkbar? Wie können wir die Lebensgrundlage von Palästinensern verbessern und vermeiden, dass Waren aus den widerrechtlichen Siedlungen gekauft werden?

7. Der Aufruf versteht sich auch als „ein Ruf zur Umkehr, zur Korrektur fundamentalistischer Positionen, die ungerechte politische Optionen in Bezug auf das palästinensische Volk unterstützen“. Dem stimmen wir in dieser allgemeinen Form zu, fragen aber, welche Positionen die Verfasser im Blick haben.

8. Wenn der Aufruf auch den Prozess der theologischen Umkehr mit seiner Einsicht in die bleibenden, dem Volk Israel von Gott gegebenen Verheißungen in den Kirchen Europas und Nordamerikas meint, braucht es das theologische Gespräch mit den christlichen Geschwistern in Palästina. Wir sind uns darin einig, dass keine Theologie zur Rechtfertigung des Leidens von Menschen missbraucht werden darf.

9. Die Verbreitung des Aufrufs durch den Ökumenischen Rat als „Kairos Papier“, die Vergleiche mit Südafrika im Aufruf selbst, im Begleittext der Verfasser und in verschiedenen Ansprachen des ehemaligen Generalsekretärs des ÖRK legen einen Vergleich mit dem Kairos Papier von 1985 nahe und wecken Assoziationen zum Kampf gegen das Apartheidregime. Eine derartige Gleichsetzung ist nach Meinung der EMOK problematisch. Die EMOK rät ab, die Situation so zu beschreiben, dass es ideologisierend wirken kann. Wir können den Aufruf aber als „Kairos“ verstehen im Sinne von: Jetzt ist es Zeit zu handeln!

EMOK-Exekutivausschuss am 22.4.2010.....

Zum EMOK-Policy-Papier „Israel-Palästina

(Text in: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/emok_israel_palaestina.pdf)

Zusammenfassung des Inhalts

(Klaus Müller)

Das EMOK Policy-Papier „Israel - Palästina ist eine Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK)“, Hannover, Erstdruck 2009; Nachdruck 2017.

Wer ist die EMOK?

„Die EMOK ist ein ständiger Arbeitskreis der EKD. Sie setzt sich aus Landeskirchen, Einrichtungen und Werken zusammen, die durch ihre Arbeit dem Nahen und Mittleren Osten besonders verbunden sind. Die Geschäftsführung der EMOK wird im dreijährigen Wechsel durch das Nahostreferat des EKD und das EMW wahrgenommen.“ (Seite 33)

Die Übersicht über die Mitglieder der EMOK zeigt das inhaltliche Spektrum von „AG Juden und Christen beim Dt. Ev. Kirchentag“ bis zum „Jerusalemsverein im Berliner Missionswerk“, von der „Jesus-Bruderschaft Gnadenthal“ bis zur „Evangelischen Mission in Solidarität“. Mitglieder sind selbstverständlich auch EKIBA, EKHN, EKKW ua. Neuerdings hat auch die „Konferenz für Islamfragen der EKD“ (KIF) wie bisher schon die KLAK Sitz und Stimme in der EMOK. Nicht von ungefähr bezeichneten die beiden früheren Vorsitzenden, die Altbischöfe Friedrich und Dröge, das Zustandekommen eines gemeinsamen Papiers zu Israel - Palästina als ein „kleines Wunder“.

Das EMOK Papier vom November 2009 wurde im Oktober 2016 unverändert bestätigt und vom Rat der EKD als weiterhin gültige Arbeitsgrundlage der EMOK zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das EMOK-Papier kann damit im Raum der EKD als eine gegenwärtig autoritative Orientierung im Israel - Palästina-Diskurs gelten.

Was sind die Grundlinien des Textes?

Vorbemerkung (Seiten 10-13):

Das besondere christliche Interesse an Israel und Palästina speist sich einerseits aus der „besonderen Verbundenheit von Christen in Deutschland mit dem jüdischen Volk im Staat Israel, mit dem Judentum als Religion sowie dem Heiligen Land als Ort der biblischen Geschichte.“ In diesen Bezug hineinverwoben ist die Situation des palästinensischen Volkes in seinem „dramatischen Konflikt mit jüdischer Ansiedlung und dem Staat Israel“. Das besondere Engagement der kirchlichen Ökumene für die palästinensischen Christen und auch Muslime sowie die Verbundenheit mit dem jüdischen Israel bilden einen Doppelbezug von erheblicher Spannkraft.

EMOK nennt 2 Aspekte:

- (1) „Loyalitätskonflikt“, Verbundenheit nach zwei Seiten hin. (Kommentar KM: Biblisch gesprochen hat es der „Leib Christi“ bleibend mit dem „Ölbaum“ bzw. mit dem „Weinberg Israel“ zu tun, was nicht konfliktfrei sein kann.)
- (2) Besondere Sensibilität für jüdisches Leben in Selbstbestimmung und Sicherheit vor dem Hintergrund der deutsch-jüdischen Geschichte (Schoa).

(Kommentar KM: Juden sollen „dort (dh. im Staat Israel) selbstbestimmt und in Sicherheit leben können“ - es zeigt sich zunehmend, dass Ruhe und Sicherheit für Israel direkt verknüpft ist mit dem Ergehen des palästinensischen Volkes; solange beide Seiten vom Konflikt fremdbestimmt sind, können Beide eben nicht selbstbestimmt und in Sicherheit leben. Zukunft werden Beide nur *zusammen* haben.)

EMOK formuliert eine Reihe von **6 Herausforderungen** im gegenwärtigen Konfliktfeld:

- die anhaltende Besatzungspolitik Israels
- Erfahrung von Gewalt u.a. durch Terror und Attentate
- die sog. „christlichen Zionisten“
- die Abwanderung von Christen aus der Region
- der faktische Kriegszustand zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten
- Bestreitung des Existenzrechts Israels

Für das Weitere zu beachten ist die „**Asymmetrie** im christlichen Verhältnis zu Israel und Palästina“ (Seite 13): Im Blick auf Judentum und Israel geht es um ein Verhältnis sui generis; das Verhältnis zu den (christlichen) Palästinensern ist Dimension der Ökumene.

Nach den Vorbemerkungen folgen (Seiten 14 bis 26) 3 inhaltliche Punkte (1) Israel, (2) Palästina, (3) Israel, Palästina und Deutschland:

(ad 1) Der Begriff „Israel“ umfasst Volk, Land, Staat - zu unterscheiden „und doch auf bestimmte Weise“ zusammengehörig (KM: Neuralgischer Punkt: Auf diese „bestimmte Weise“ zu unterscheiden und zusammenzuhalten kommt es an! Zu den von EMOK genannten 3 genannten Dimensionen müsste noch der Begriff *Torat-Israel* kommen, dann sprechen wir von 4 Aspekten im Israel-Begriff: Tora (Religion/Konfession), Volk, Land, Staat; die gehören sozusagen *unvermischt und ungetrennt* zusammen.)

Folgende 5 Einzelaspekte folgen aus dem Zusammenspiel der Dimensionen im Israel-Begriff: Israel ist (1) Ursprungsort des christlichen Glaubens, (2) natürlich auch des Judentums als selbstbestimmte religiöse Größe, (3) in einem nicht zu spiritualisierenden Bezug auf das Land sowie (4) in der Existenzform des Staates Israel als Zufluchtsort für Juden in aller Welt. „Israel in der Sorge um sein Lebensrecht inmitten der Völker beizustehen, ist ein Grundgebot unseres Glaubens“ (Seite 15); die christlich-jüdische Beziehung ist also (5) mehr als Dialog der Religionen, sondern umfasst auch die „säkulare“ Lebenswirklichkeit.

EMOK propagiert „die Wahrnehmung und Pflege einer freundschaftlichen, partnerschaftlichen Beziehung“ zu Israel

... in Gestalt von regelmäßigen Kontakten zu religiösen und staatlichen Organen, von zwischenmenschlichen Begegnungen (Jugendaustausche, Studium in Israel, Freiwilligendienste), von Bildungsarbeit und Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren.

(ad 2) Der Begriff „Palästina“ mit geografisch-politischer Konnotation (Mandatsgebiet, besetztes Gebiet, künftiges Staatsgebiet). Seit 150 Jahren bestehen historisch gewachsene institutionelle Partnerschaften und Beziehungen nach Palästina (ELCJHL), Schule Talitha kumi, diakonische Arbeit auf dem Sternberg; Partnerschaft mit der (anglikanischen Bischöflichen Kirche von Jerusalem). Intensive ökumenische Verbundenheit. Wichtige Partner von „Brot für die Welt“ und EED. In der Beziehung zu den lokalen Kirchen in Palästina scheint so etwas wie die „Verbundenheit mit der Urgemeinde“ durch.

Die hohe Abwanderung von christlichen Palästinensern beunruhigt. Das Fehlen palästinensischer Christen im Land wäre ein politischer Verlust vor Ort und ein Verlust für die weltweite Christenheit in ihrer „Ursprungsregion“.

„Das palästinensische Volk hat ein Recht auf einen eigenen Staat mit festgelegten Grenzen und nationaler Souveränität.“ (Seite 21)

Perspektive einer „friedlichen Zweistaatenlösung“.

„Die EMOK sieht mit großem Bedauern, wie stark die fortdauernde Besatzungssituation und rechtswidrige Besatzungsmaßnahmen, aber auch Korruption, Terror und innere Machtkämpfe

das Vertrauen der palästinensischen Bevölkerung in ihre eigenen politischen Institutionen untergraben.“ (Seite 21)

Besonderer Blick auf die jeweilige Kontextualität von Theologie in Deutschland und in Palästina, auf das Spannungsverhältnis zwischen jüdisch-christlichen Aspekten und palästinensisch-politischen Motiven. Gerade die Kirchen in Deutschland müssen versuchen „zu differenzieren, wo sie in ihrem theologischen Lernen seit Auschwitz auf unaufgebbare christliche Wahrheiten gestoßen sind und wo ihre Theologie kontextuell ist“. (Seite 22)

Die EMOK strebt nach einer gleichberechtigten Förderung der Partner in Israel und Palästina „und unterstützt in beiden Gesellschaften die Menschen und Organisationen, die für eine friedliche Lösung eintreten.“ (Seite 22)

Förderung der Beziehung ...

... in Gestalt von regelmäßigen Kontakten auf Leitungsebene, von Begegnungen auf Reisen, durch Förderung des EAPPI-Programms (Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel), „durch Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich für Menschenrechte, friedliche Konfliktbearbeitung und gesellschaftlichen Pluralismus einsetzen sowie „durch anwaltschaftliche Arbeit zur Einhaltung von Menschen- und Völkerrechtsstandards.

Die EMOK sagt den palästinensischen Christen umfassende Unterstützung zu.

(ad 3) Israel, Palästina und Deutschland

In 3 Aspekten: (1) Nur im Neben- und Ineinander, einem Mit- und Gegeneinander zu betrachten; (2) „Nur Recht und Gerechtigkeit können die Grundlage eines Friedens sein, der beiden Völkern ein Leben in Freiheit und Sicherheit ermöglicht“ (Seite 24); völkerrechtliche Anerkennung zweier Staaten ist anzustreben. Die Regeln des Zusammenlebens sind an den Menschenrechten und dem Völkerrecht zu orientieren und nicht an religiös abgeleiteten Ansprüchen; ausgeschlossen sind Gewalt, Terror, Vertreibung, Entrechtung etc. Eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems muss gefunden werden.

Primär sind die beiden Konfliktparteien aufgerufen, selbst eine Lösung zu finden. Gegenwärtig scheint die Zweistaatenlösung am ehestens aussichtsreich zu sein.

Von außen her betrachtet braucht es den konstruktiven Dialog auch unter den externen Unterstützern der einen oder anderen Seite in Israel und Palästina.

Ein dritter Punkt (3): Kritik kennt Möglichkeiten und Grenzen. Prämisse ist die Anerkennung des Existenzrechts beider(!) Konfliktparteien. „Ebenso ist Kritik, die durch ihre verallgemeinernde Art antisemitischen, rassistischen oder antiislamischen Charakter erhält, abzulehnen und zu verurteilen.“ (Seite 26)

Es „gehört zur Verantwortung von Partnern und Freunden“, sachlich, fair und konstruktiv Kritik zu üben.

Exkurs: Christlicher Zionismus

Christlich-biblizistische Tradition mit endzeitlich-apokalyptischem Akzent; letztlich ist die Bekehrung der Juden im Blick.

EMOK formuliert 5 Einsprüche: (1) Instrumentalisierung Israels und des Judentums als Durchgangsstadium zur Herbeiführung des Weltendes; (2) enggeführter apokalyptisch überbetonter Biblizismus; (3) Land exklusiv für Juden; (4) Existenzrecht der Kirchen im Heiligen Land negiert; (5) konfliktverschärfende Wirkung.

Schlussbemerkungen

Kritisch zu benennen ist ...

... gegenüber dem jüdischen Israel: (1) fortgesetzter Siedlungsbau; (2) Siedlergewalt; (3) Verlauf der Sperrmauer; (4) eingeschränkte Bewegungsfreiheit in den Palästinensergebieten; (5) Verhinderung einer freien wirtschaftlichen Entwicklung in Palästina.

... gegenüber den Palästinensern: (1) Beendigung von Terror und Selbstmordanschlägen; (2) Raketenbeschuss auf Zivilbevölkerung; (3) Aufbau einer Gesellschaft mit freiheitlich-demokratischer Grundordnung; (4) Religionsfreiheit für alle Religionen.

„Dass im Zuge der Staatsgründung Israels Verbrechen am palästinensischen Volk begangen wurden, ist eine historische Tatsache, die dringend darauf wartet, zwischen beiden Völkern bearbeitet zu werden.“ (Seite 32) Unbenommen davon ist das Existenzrecht beider Seiten.

Religiöse Bezugslinien der Christen zu den Juden, den Mitchristen und den Muslimen „sind nicht gegeneinander zu bewerten oder auszuspielen: sie sind unterschiedlich, aber gleichwertig.“ (Seite 32)

EMOK konzidiert zwar einseitiges Engagement im Konfliktfeld Israel-Palästina, plädiert aber für Dialog, Transparenz und Respekt: „Weiterführend ist aber ein Engagement, das sich auf beide Seiten konstruktiv auswirkt und vermittelnd, verbindend und versöhnend wirkt.“

Schlussatz: „Frieden ist nur dadurch zu erreichen, indem auch der Andere Frieden, Normalität und Fortschritt erlebt.“

Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina

Evangelische Kirche im Rheinland, Düsseldorf, 9.9.2011

I.

Anlass und Würdigung

Die Evangelische Kirche im Rheinland hört die Klage unserer palästinensischen Brüder und Schwestern, die sich mit ihrem Aufruf »Die Stunde der Wahrheit« im Dezember 2009 an palästinensische Christen, an lokale Persönlichkeiten und die palästinensische Gesellschaft insgesamt, an die internationale Gemeinschaft und nicht zuletzt an die Christen in aller Welt wenden. Ihre Schilderung der sich verschlechternden Lebensbedingungen nehmen wir mit Besorgnis und Betroffenheit zur Kenntnis. Das Papier war uns Anlass, innerhalb der EKIR und darüber hinaus in besonderer Weise und mit tiefem Ernst miteinander ins Gespräch zu kommen. Für diesen Anstoß zum Gespräch ist die EKIR den Autoren des Papiers dankbar.

II.

Theologische Auseinandersetzung

Auch wenn wir nicht mit allen theologischen Grundlagen und Positionen des Aufrufs einverstanden sind, versagen wir den Autoren nicht unseren Respekt. Wir sehen ihre Klage als Anstoß zu einem intensiveren Dialog mit palästinensischen Christinnen und Christen. Das »Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leides der Palästinenserinnen und Palästinenser« ruft uns dazu auf, erneut zum Konflikt zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk Stellung zu beziehen. Dabei gilt es unser Bekenntnis von der Treue Gottes zum jüdischen Volk mit unserer Verbundenheit mit dem palästinensischen Volk und insbesondere mit unseren palästinensischen Mitchristen in Einklang zu bringen. Die Evangelische Kirche im Rheinland nimmt sehr ernst, dass der Aufruf sog. fundamentalistische Theologen verdächtigt, das Unrecht, das Palästinenser in den vom Staat Israel besetzten Gebieten erleiden, biblisch und theologisch zu legitimieren. Die Evangelische Kirche im Rheinland fühlt sich allerdings missverstanden, wenn damit auch ihre differenzierte theologische und politische Position gemeint sein sollte, die sie in Fortschreibung des Rheinischen Synodalbeschlusses von 1980 zuletzt im Jahr 2008 in einer Arbeitshilfe dargestellt hat. Sie versteht sich in ihrem Bestreben, das Verhältnis von Christen und Juden zu erneuern, und in ihrer Einschätzung des Nahostkonflikts nicht als fundamentalistisch; sie sieht sich vielmehr auf der Linie des biblischen Zeugnisses vom einen Gott Abrahams, dem Vater Jesu Christi. In diesem Sinne konstatiert die EKIR auf der Grundlage des rheinischen Beschlusses zum Verhältnis von Christen und Juden aus dem Jahr 1980 und den weiterführenden Gedanken der Arbeitshilfe aus dem Jahr 2008 einvernehmlich Folgendes:

1. Die Evangelische Kirche im Rheinland hält ausdrücklich an ihrem Beschluss von 1980 fest, dem die „Einsicht [zu Grunde liegt], daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israels Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind“ (1980, 97) - auch „in [der] fortdauernden Existenz“² des Staates Israel sieht sie ein solches Zeichen (2008, 38). Die Rheinische Kirche deutet die benannten Ereignisse im Licht des Glaubens und bejaht deshalb das Existenzrecht des Staates Israel - das völkerrechtlich ohnehin gewährleistet ist - auch aus theologischen Gründen.

2. Die theologische Bejahung des Existenzrechts des Staates Israel „bleibt nicht unberührt von den realen Verhältnissen“ im Staat Israel und in den palästinensischen Gebieten (2008, 40). „Es ist vielmehr so, dass gerade die theologische Wertschätzung [...] des Staates Israel

² Evangelische Kirche im Rheinland: Den rheinischen Synodalbeschluss zum Verhältnis von Christen und Juden weiterdenken – den Gottesdienst erneuern. Eine Arbeitshilfe [...] zur theologischen Bedeutung des Staates Israel [...], Düsseldorf 2008, bes. S. 38-47. In dieser Arbeitshilfe ist auf den S. 97-111 auch der Beschluss „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ vom 11.1.1980 einschließlich der ihn erläuternden „Thesen“ dokumentiert. Alle Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Arbeitshilfe.

unsere Sensibilität für die realen Lebensbedingungen in diesem Staat und den von ihm besetzten Gebieten [...] schärfen sollte“ (2008, 45). Jene Bejahung gibt also keineswegs uneingeschränkt politischen Entscheidungen des Staates Israel Recht. Gerade auch in Verbundenheit mit Israel darf nicht verschwiegen werden, dass im Zuge politischer Entscheidungen auf Seiten Israels Menschenrechte und andere Grundrechte verletzt worden sind und verletzt werden. Diese Menschenrechtsverletzungen werden durch unsere Theologie der Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden nicht gerechtfertigt oder verharmlost. Im Gegenteil: Diese „drängt uns [...] dazu“, Menschenrechtsverletzungen „aufmerksam wahrzunehmen und kritisch-konstruktiv zu kritisieren“ (2008, 46); das Bekenntnis von der Treue Gottes zum Judentum und zu uns Christen mahnt zur Einhaltung von Gerechtigkeit und Frieden - in Israel und Palästina ebenso wie bei uns selbst.

3. Die Rheinische Kirche anerkennt, dass der Staat Israel Angehörigen des jüdischen Volkes Schutz, eine „Heimstätte“ und „Raum für die Verwirklichung von Gerechtigkeit (zedaka und mischpat) und die Erfüllung der Weisung Gottes (tora) zu geben“ hat (2008, 40). Sie sieht damit den Staat Israel in der Pflicht, sich unter Beachtung des Völkerrechts für Frieden und Gerechtigkeit in der Region einzusetzen. Je unstrittiger es dem Staat Israel gelingt, Frieden und Gerechtigkeit für seine Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Palästinenserinnen und Palästinenser in den besetzten Gebieten zu verwirklichen, desto deutlicher wird der Staat Israel als Zeichen der Treue Gottes erkennbar (vgl. 2008, 41). Verfehlt er hingegen diese Aufgabe, wird das Zeichen undeutlicher - bis hin zur Unkenntlichkeit. Wir sehen mit Sorge, dass die Umstände der Staatsgründung und etliche politische Entscheidungen der Regierungen des Staates Israel seit 1967 den Zeichen-Charakter des Staates Israel - in den Augen vieler Palästinenser wie auch in den Augen vieler Menschen hierzulande - verdunkeln. Allerdings wird Gottes Treue dadurch nicht hinfällig.

4. Die Rheinische Kirche erhofft und erwartet auf dem Hintergrund des asymmetrischen Charakters des Konfliktes zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk, das militärisch dem Staat Israel unterlegen ist, vom Staat Israel, den Konflikt durch einseitige erste Schritte zu deeskalieren. Zu den notwendigen ersten Schritten gehört ein Ende der widerrechtlichen Besatzungs- und Siedlungspolitik. Der einseitig vom Staat Israel zum Schutz vor Terroranschlägen errichtete Grenzzaun ist, sofern er jenseits der Grenze von 1967 verläuft, „Unrecht“ und Ursache für „großes Leid“ einer großen Zahl betroffener Palästinenser (2008, 44). Einer politischen Lösung des Konfliktes steht der teilweise rechtswidrige Verlauf der Mauer ebenso im Wege wie der fortgesetzte Ausbau israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten.

5. Berechtigter gewaltfreier ziviler Widerstand der Palästinenser ist zu unterscheiden vom Terrorismus der Raketenschützen und Selbstmordattentäter. Terror gegen die Bürgerinnen und Bürger des Staates Israel ist nicht hinzunehmen und auch nicht zu verharmlosen, er ist ein gravierendes Hindernis auf dem Weg zu einer Lösung des Konfliktes. Die Rheinische Kirche teilt nicht die Auffassung der Verfasser von „Stunde der Wahrheit“, dass mit einem Ende der Besatzungspolitik der Terror gleichsam automatisch zu Ende kommen würde. Wir sehen aber auch in der Besatzungspolitik einen Nährboden des Terrors; sie wird nicht zuletzt herangezogen, um Terror zu rechtfertigen.

6. Die Rheinische Kirche begrüßt jedes Bekenntnis zum gewaltfreien Handeln und zur Versöhnung. Sie nimmt den Aufruf „Stunde der Wahrheit“ dankbar als ein solches Bekenntnis wahr. Die in den EKD Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“ genannten Kriterien³ gelten universell und müssen auch im Nahost-Konflikt

³ In dieser Denkschrift werden u.a. folgende Kriterien für den Einsatz von Gewalt genannt: Sie kann ethisch erlaubt sein, wenn „menschliches Leben und gemeinsam anerkanntes Recht“ bedroht ist, wenn die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ und „der Folgen“ gewahrt bleibt, wenn sie dazu dient, „Bedingungen gewaltfreien Zusammenlebens (wieder-) herzustellen“, wenn sie „an der Ausübung primärer Gewalt nicht direkt beteiligte Personen und Einrichtungen“ schont und wenn „alle wirksamen mildereren Mittel der Konfliktregelung“ ausgelotet sind (Gütersloh 2007, S. 68-70).

Beachtung finden. Wenn es eine friedliche Zukunft im Lande geben kann, dann wird das nur eine sein, die auf dem Verzicht von Gewalt und auf Versöhnung gegründet ist.

7. Eine Lösung des Konflikts und eine geeignete, für beide Seiten akzeptable Form der Koexistenz von Israelis und Palästinensern ist nicht aus theologischen Sätzen abzuleiten, sondern mit den Mitteln „der politischen Vernunft“ zu suchen (vgl. 2008, 46). In diesem Sinne halten wir dafür, dass ein dauerhafter Frieden in der Region nur zu erzielen ist, wenn seitens des Staates Israel nachhaltige Schritte zur Errichtung eines eigenständigen und lebensfähigen palästinensischen Staates eingeleitet werden, wie sie in einschlägigen Friedensvorschlägen, wie z.B. der Genfer Initiative von 2003, angeregt wurden. Ebenso ist für einen dauerhaften Frieden unerlässlich, dass das Existenzrecht des Staates Israel von Seiten der Palästinenser und ihrer Unterstützer nicht länger in Frage gestellt oder im Unklaren gelassen wird (vgl. 2008, 45). Die Sicherheit Israels ist nicht nur durch dessen militärische Stärke zu gewährleisten, sondern ebenso durch Garantien der internationalen Staatengemeinschaft und der arabischen Staaten, wie sie etwa im Plan der Arabischen Liga von 2002 zugesichert worden sind.

8. Christinnen und Christen, die sich der Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden verpflichtet sehen und sich solidarisch erklären mit den Palästinensern stehen vor der Aufgabe, diejenigen Gruppierungen, Institutionen und Menschen tatkräftig und sichtbar zu unterstützen, die sich in Israel für den Frieden mit den Palästinensern und unter den Palästinensern für einen Frieden mit dem Staat Israel einsetzen.

9. „Unsere Besorgnis angesichts der Lebenssituation der Palästinenser, unser Interesse an deren Zukunft und unsere ökumenische Verbundenheit namentlich mit den (evangelischen) Christinnen und Christen unter ihnen muss und soll deutlicher als bislang zum Ausdruck kommen.“ (2008, 45) Diese Absicht wollen und dürfen wir nicht gegen unsere Verbundenheit mit jüdischen Israelis und gegen die von uns nach wie vor gewünschte, theologisch gebotene Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden ausspielen (lassen).

III. Konsequenzen

Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Überzeugungen sehen wir folgende Maßnahmen als hilfreich und geboten an:

1. Die Rheinische Kirche sollte ihr bereits vorhandenes Engagement sichtbarer werden lassen und ihre Kontakte zu beiden Seiten des Konfliktes in Gemeinden und Diensten bekannt machen. Das gilt etwa -

- für die Kollekten, die sie am 10. Sonntag nach Trinitatis („Israelsonntag“) sammelt und insbesondere folgenden Einrichtungen zukommen lässt: In Palästina vor allem der Bibliothek „Dar-al Kalima“ (Bethlehem) und der „Abrahams Herberge“ (Beit Jala); in geringerem Umfang in Israel vor allem dem „Leo Baeck Education Centre“ (Haifa), dem „Jerusalem Centre for Jewish-Christian Relations“ und „Studium in Israel e.V.“. Schwerpunkt der Förderung sind darüber hinaus ausdrückliche Dialog-Projekte wie „Neve Shalom / Wahat As-Salam“, „Israel Interfaith Association“ und „Haus Pax / Beit Ben Yehuda“. Schließlich wird „Nes Ammim“ und die dortige Dialog-Arbeit von der Rheinischen Kirche aus Haushaltsmitteln unterstützt.

- für die finanzielle Unterstützung, die sie Gruppen aus Kirchengemeinden, aber auch Universitäten und Schulen gewährt, die Israel und Palästina besuchen und sich über den Konflikt im Gespräch mit Betroffenen informieren,

- für die Gesprächszusammenhänge, in denen die Kirchenleitung, Pfarrer/innen und andere Mitarbeiter/innen der EKIR stehen, und die Publikationen und Stellungnahmen, die im Zuge dessen entstehen.

2. Die Rheinische Kirche sollte ihr Engagement in mancher Hinsicht nach Möglichkeit verstärken, etwa

- indem sie Einzelne, Gruppen und Ausschüsse, die sich in ihrer Mitte mit Israel und Palästina beschäftigen und sich der einen oder der anderen Seite stärker verbunden fühlen, stärker miteinander ins Gespräch bringt,

- indem sie das Gespräch mit palästinensischen Christinnen und Christen sucht, etwa durch Tagungen „vor Ort“ zu den theologisch und politisch strittigen Fragen, oder durch Einladung in Foren der Rheinischen Kirche,

- indem sie Städte und Kommunen, Kirchengemeinden und Schulen im Rheinland, die Partnerschaften mit Städten und Kommunen, Gemeinden und Schulen in Israel oder den besetzten Gebieten pflegen, ermutigt, Städte und Kommunen, Gemeinden und Schulen des jeweils anderen Territoriums einzubeziehen, also Dreieckspartnerschaften aufzubauen.

3. Die Rheinische Kirche sollte neue Wege suchen, um aktiv zu gewaltfreier Verständigung und einer friedlichen Koexistenz von Israelis und Palästinensern beizutragen. So sollte sie etwa prüfen,

- ob eine Kennzeichnung von Waren, die in den besetzten Gebieten produziert werden, realisierbar ist, die deren Herkunft aus palästinensischen Betrieben oder israelischen Siedlungen erkennen lässt, um so bewusste Kaufentscheidungen zu ermöglichen,

- ob und wie Kirchengemeinden zu Partnerschaften mit Synagogen- und Kirchengemeinden in Israel und Palästina ermutigt werden können, - ob und wie sie, ggf. im Verbund mit anderen Landeskirchen oder sogar mit jüdischen Landesverbänden und Moscheevereinen, die Begegnung und Verständigung zwischen israelischen und palästinensischen Kindern, Jugendlichen und Multiplikatoren fördern kann. Zu denken ist etwa an die Konzipierung und Organisation von Begegnungstagungen für israelische und palästinensische Lehrerinnen und Lehrer, die in einer Tagungsstätte der EKIR stattfinden könnten. Zu denken wäre auch an die Erarbeitung eines interreligiösen Schulbuches für die Klassen 10-12 (durch israelische und palästinensische Autor/inn/en, denen wir in Deutschland ein Arbeitsforum bieten), das palästinensische und israelische Schüler/innen mit den jeweils „Anderen“ vertraut macht und zur Auseinandersetzung mit Friedens- bzw. Gewaltbereitschaft der Religionen (Judentum, Christentum, Islam) anregt. Zu prüfen wäre auch, ob und wie die EKIR Jugendgruppen aus Synagogen-, Moschee- und Kirchengemeinden in Israel und Palästina im Lande oder in Deutschland zur Begegnung verhelfen kann.

Quelle: <https://www.ekir.de/www/service/nahost-14397.php>

CRY FOR HOPE: A CALL TO DECISIVE ACTION

WE CANNOT SERVE GOD AND THE OPPRESSION OF THE PALESTINIANS

Public launch: 1st July 2020 (<https://www.cryforhope.org/>)

We, Kairos Palestine and Global Kairos for Justice, a worldwide coalition born in response to the Kairos Palestine “Moment of Truth: a word of faith, hope, and love from the heart of Palestinian suffering,” issue this urgent call to Christians, churches and ecumenical institutions.

We do this together with committed Christians in Palestine and around the world. This is a call for decisive action on a matter that we believe relates to the integrity of our Christian faith.

We have arrived at a critical point in the struggle to end the oppression of the Palestinian people. The State of Israel’s adoption of the Nation State Law in 2018 legalized institutional discrimination in Israel and the Palestinian territories, officially depriving Palestinians of their rights to life, livelihood, and a future in their homeland. Recent acts of the U.S. administration have supported Israel’s ongoing project of land taking and attaining control over the entire territory of Palestine. These include the 2018 move of its embassy to Jerusalem, its announcement in 2019 that the U.S. government no longer deems West Bank settlements to be “inconsistent with international law,” and the 2020 “Peace to Prosperity” plan. Fueled by U.S. support and emboldened by the ineffectual response of the international community, Israel’s newly-formed coalition government has cleared the way for outright annexation of around one third of the occupied West Bank, including the Jordan Valley. These developments make it all the more clear that we have come to the end of the illusion that Israel and the world powers intend to honor and defend the rights of the Palestinian people to dignity, self-determination, and the fundamental human rights guaranteed under international law, including the right of return for Palestinian refugees. It is time for the international community, in light of these events, to recognize Israel as an apartheid state in terms of international law.

In affirming this reality, we realize that it is incumbent upon us as followers of Jesus to take decisive action. The very being of the church, the integrity of the Christian faith, and the credibility of the Gospel is at stake. We declare that support for the oppression of the Palestinian people, whether passive or active, through silence, word or deed, is a sin. We assert that Christian support for Zionism as a theology and an ideology that legitimize the right of one people to deny the human rights of another is incompatible with the Christian faith and a grave misuse of the Bible.

We call upon all Christians and on churches at congregational, denominational, national, and global ecumenical levels to engage in a process of study, reflection and confession concerning the historic and systemic deprivation of the rights of the Palestinian people, and the use of the Bible by many to justify and support this oppression. We call on churches to reflect on how their own traditions can express the sacred duty to uphold the integrity of the church and the Christian faith

concerning this issue. We cannot serve God while remaining silent about the oppression of the Palestinians.

As we face this kairos, we are mindful of the legacy of faith and action of those who have come before us and have faced circumstances of urgency and crisis. In 1933 German pastor and theologian Dietrich Bonhoeffer declared that the Nazi regime's denial of the rights of Jews and the interference of the state into matters of religion placed the church in status confessionis.

The Barmen Declaration of 1934 reinforced the church's obligation to stand up to injustice and to unequivocally oppose ideologies of tyranny. In 1964 the first General Secretary of the World Council of Churches (WCC), Willem Visser 't Hooft, stated that racism, like apartheid, constitutes a status confessionis for the churches. The WCC followed this word with action in 1969 in implementing its courageous and far-reaching Program to Combat Racism. In 1977 the Lutheran World Federation (LWF) declared that "apartheid created a status confessionis for

the church" and in 1984 suspended the white Lutheran Churches in Southern Africa who practiced apartheid. In 1982 the World Alliance of Reformed Churches (WARC) declared apartheid incompatible with Christian belief, and suspended the member churches practicing racial separation. The World Communion of Reformed Churches (WCRC) in 2017 affirmed "that with respect to the situation of injustice and suffering that exists in Palestine, and the cry of the Palestinian Christian community, that the integrity of Christian faith and praxis is at stake" and directed the General Secretary to initiate six direct action steps. Since 2009, Kairos documents from ecumenical organizations from around the world have appeared in response to the Kairos "Moment of Truth" document of the Palestinian Christians, pledging action and providing theological affirmation of this prophetic call by the Palestinian churches.

The present times call for actions as bold, as faithful, and as resolute. The time for decision has arrived. "We call out as Christians and as Palestinians to our Christian brothers and sisters in the churches around the world" reads the 2009 Kairos Palestine document. Eight years later, in 2017, in the Open Letter to the World Council of Churches and the ecumenical movement, the National Coalition of Christian Organizations in Palestine wrote: "Things are beyond urgent. We are on the verge of a catastrophic collapse. This is no time for shallow diplomacy, Christians!" Now, three years later, this is a cry for hope to our brothers and sisters throughout the world. We invite our fellow Christians, their local congregations, churches and international ecumenical organizations, to receive and respond to our common witness, to join the process of confessing, and to initiate processes to formally reject the oppression of the Palestinian people and any use of the Bible to justify this injustice by committing to the following actions:

- Initiate processes at local, denominational and ecumenical levels that recognize the present kairos and the urgent requirement for decisive action regarding the denial of Palestinian rights and the misuse of the Bible. These actions will express the unity of the church in its commitment to stand up to injustice wherever it is to be found.

- Engage in study and discernment with respect to theologies and understandings of the Bible that have been used to justify the oppression of the Palestinian people. Offer theologies that prophetically call for an inclusive vision of the land for Israelis and Palestinians, affirming that the creator God is a God of love, mercy and justice; not of discrimination and oppression.
- Affirm the Palestinians' right to resist the occupation, dispossession, and abrogation of their fundamental rights, and join the Palestinians in their creative and nonviolent resistance. The 2005 Palestinian call for Boycott Divestment and Sanctions (BDS) provides a framework for economic, cultural, and academic measures and for direct political advocacy as nonviolent means to end occupation and oppression. The purpose of BDS is not to punish or isolate Israel. It is rather to exert pressure on Israel to comply with international law, and to call upon its government and its people, in the spirit of the Word of God, to enter into the ways of justice and peace, thereby affirming its own rights as well as the rights of the Palestinian people.
- Demand also that governments and world bodies employ political, diplomatic and economic means to stop Israel's violations of human rights and international law.
- Oppose anti-Semitism by working for justice against anti-Judaism, racism and xenophobia; oppose the equating of criticism of Israel's unjust actions with anti-Semitism.
- Support initiatives between Israelis and Palestinians and interfaith partnerships that combat apartheid and occupation and create opportunities to work together for a common future of mutual respect and dignity.
- Come and see the reality in the Holy Land with compassionate eyes for the suffering of Palestinians, and stand in solidarity with grassroots initiatives on the part of all faiths and secular groups who challenge the occupation and who work for a just peace.

We make this call out of concern for the future of both peoples. In the words of Kairos Palestine, our call is rooted in the logic of love that seeks to liberate both the oppressor and oppressed in order to create a new society for all the people of the land. We continue to hold firm to the hope articulated in the Kairos document that Palestinians and Israelis have a common future -- that "we can organize our political life, with all its complexity, according to the logic of love and its power, after ending the occupation and establishing justice." As followers of Jesus, our response to ideologies of exclusivity and apartheid is to uphold a vision of inclusivity and equality for all peoples of the land and to persistently struggle to bring this about.

We acknowledge that by our commitment as Christians to the liberation of the Palestinian people we stand against the theology of Empire, a global order of domination manifesting in racial, economic, cultural, and ecological oppression that threatens humanity and all of creation. In making this confession, we embrace our membership in the community of the broken bread, the church fulfilling its

mission to bring the good news of God's gift of love, mercy, compassion, and abundant life for all.

H.B. Michel Sabbah Rifat Kassis

H.B. Michel Sabbah

Patriarch Emeritus: Latin Patriarchate of Jerusalem

President: Kairos Palestine

Rifat Kassis

General Coordinator: Global Kairos

for Justice

Herrn
Rifat Kassis
General Coordinator
Global Kairos for Justice

Der Landesbischof
Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh

Karlsruhe, 10. Juli 2020

Antwort zu Ihrem Brief vom Juni 2020

Lieber Herr Kassis,

liebe Schwestern und Brüder,

Gnade sei mit euch und Friede von Gott unserem Vater und dem Herrn Jesus Christus!

Am 16. Juni 2020 wurde mir Ihr „Schrei nach Hoffnung: Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln“ persönlich übergeben. Damit geben Sie uns Anteil an den beklagenswerten politischen Umständen, denen die christlichen Gemeinden in Palästina seit Jahren ausgesetzt sind und die sich eher verschärft als verbessert haben. Sie rufen uns zurecht in Erinnerung, welche Verantwortung wir als Geschwister im Glauben gegenüber den christlichen Brüdern und Schwestern im palästinensischen Raum haben.

Als evangelischen Christen in Deutschland ist uns aus biblisch-theologischen Gründen, auf dem Hintergrund unserer Geschichte und den katastrophalen Folgen des Antijudaismus die Hinwendung zum Judentum essenziell und bleibend wichtig. Diese Tatsache mag dazu beitragen, dass wir oft nicht mit der angemessenen Schärfe die Situation unserer palästinensischen Geschwister wahrgenommen haben. Doch das Bemühen um Gerechtigkeit, um Dialog und Versöhnung ist unteilbar.

Darum ist es uns ein Anliegen, Ihnen in Beantwortung Ihres Schreibens zu versichern, dass wir Ihren „Schrei“ hören und Ihre große Sorge um die untragbare Situation aufrichtig teilen.

Wir unterstützen und stärken das Streben der Palästinenserinnen und Palästinenser nach staatlicher Souveränität: geistlich, moralisch, materiell und anwaltschaftlich-politisch. Auch wenn die Perspektive für eine Koexistenz unter der Formel der Zweitsaatenlösung in weite Ferne zu rücken scheint, sehen wir derzeit keinen anderen Weg zu Gerechtigkeit und Frieden im Heiligen Land.

Bewusst hören wir die Mahnung aus dem biblischen Wort, dass die Gabe des Landes für alle, die darin wohnen, verknüpft ist mit der Forderung nach Gerechtigkeit und gegenseitiger Achtung.

Mit Ihnen sind wir davon überzeugt, dass kein Bibelzitat Entrechtung und Diskriminierung legitimieren oder geopolitische Machtansprüche auf Kosten von Recht und Gerechtigkeit begründen kann. Wir widersprechen jedweder Instrumentalisierung der Religion durch politische Interessen. Eine biblizistisch-apokalyptische Überhöhung der Gegebenheiten im Heiligen Land wie z.B. im sogenannten „christlichen Zionismus“ lehnen wir als dialogfeindlich und konfliktverschärfend ab.

Wir versammeln uns vielmehr um die Vision eines freien und souveränen Palästina Seite an Seite mit einem unbedrängt und anerkannt lebenden Staat Israel inmitten eines befriedeten Mittleren Ostens. Die sich gewaltfrei um dieses Ziel bemühen, finden unsere ungeteilte Unterstützung; energisch widersprechen wir allen, die auf Gewalt setzen. Vor diesem Hintergrund halten wir auch Boykottmaßnahmen grundsätzlich als gewaltfreie Form des Widerstandes für legitim, selbst wenn wir uns Aufrufen zu einem Boykott selbst nicht anschließen wollen.

Wir wollen dazu beitragen, dass Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina wachsen: Wir bekräftigen die Zusage, dialogbereite und versöhnungsaffine Akteure und Initiativen in der Region mit all unseren Möglichkeiten zu fördern und zu stärken. Wir glauben, dass Gottes Weisung im Kern auf Gerechtigkeit und Frieden aus ist für alle Menschen. Wir fordern die Beendigung des fortgesetzten Siedlungsbaus und der israelischen Besatzungspolitik. Wir bekräftigen die Erklärung der Evangelischen Mittelostkommission vom 28.5.2020, denn jegliche einseitige Annexion zementiert Unrecht und schürt Gewalt. Wir rufen auf zu klaren Schritten in Richtung politischer Eigenständigkeit Palästinas ebenso wie zur Abkehr von Terror und Gewaltakten gegen Israel. Wir fordern alle Beteiligten in der Region dringend auf, die Menschenrechte und die völkerrechtlichen Bestimmungen der internationalen Staatengemeinschaft zu achten.

Die Erstveröffentlichung des Kairos-Dokuments liegt nun 10 Jahre zurück. Aufgrund einer Eingabe wird sich darum die Landessynode mit dem „Schrei der Hoffnung“ der palästinensischen Christen auf ihrer nächsten oder übernächsten Tagung beschäftigen und sich damit vertieft den dahinter stehenden Anliegen zuwenden. Ihr Schreiben vom 25. Juni mit seinen sieben Handlungsvorschlägen wird in diese Gespräche einfließen. Über die Ergebnisse der Diskussions- und Entscheidungsprozesse werden wir Sie informieren.

So schließen wir unsere Antwort in der Zuversicht des 1. Petrusbriefes: Der Gott aller Gnade aber, der euch berufen hat zu seiner ewigen Herrlichkeit in Christus, der wird euch, die ihr eine kleine Zeit leidet, aufrichten, stärken, kräftigen, gründen. Ihm sei die Macht in alle Ewigkeit! Amen.

Ich wünsche Ihnen viel Kraft und Gottes Segen,

herzliche Grüße

Ihr

Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh

Landesbischof

Zu BDS (Boycott, Desinvestment, Sanktionen gegen Israel):

BDS-Gründungsaufruf aus dem Jahr 2005

Palästinensische Zivilgesellschaft ruft zu Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel auf, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt.

9. Juli 2005

Ein Jahr nach dem historischen Gutachten des Internationalen Gerichtshof (IGH), welches den israelischen Mauerbau in den besetzten palästinensischen Gebieten für illegal befunden hatte, setzt Israel den Bau der Mauer, entgegen der Entscheidung des IGH, fort. Achtunddreißig Jahre nachdem Israel die Westbank (inklusive Ost-Jerusalem), den Gaza Streifen und die syrischen Golanhöhen besetzt hat, wird der Ausbau von jüdischen Siedlungen vorangetrieben.

Israel hat einseitig das besetzte Ost-Jerusalem und die Golanhöhen annektiert, und annektiert nun, durch den Mauerbau, de facto auch große Teile der Westbank. Israel plant ebenfalls - im Schatten der Siedlungs- und militärischen Verlagerung aus dem Gaza Streifen - neue Siedlungen in der Westbank zu bauen und bereits bestehende zu erweitern. Siebenundfünfzig Jahre nachdem der Staat Israel größtenteils auf Land gegründet wurde, das zuvor von seinen palästinensischen BesitzerInnen ethnisch gesäubert wurde, sind die meisten dieser PalästinenserInnen Flüchtlinge ohne Staatszugehörigkeit. Ferner bleibt die in Israels System verwurzelte rassistische Diskriminierung von seinen eigenen arabisch-palästinensischen StaatsbürgerInnen intakt.

Angesichts Israels anhaltender Verstöße gegen internationales Recht; und Aufgrund der Tatsache, dass seit 1948 hunderte von UN Resolutionen die koloniale und diskriminierende Politik Israels als illegal verurteilt und sofortige, adäquate und effektive Maßnahmen gefordert haben; und Aufgrund der Tatsache, dass sämtliche internationale Interventionen und Friedensbestrebungen nicht in der Lage waren, Israel zu überzeugen oder zu zwingen, den Konventionen des Humanitären Rechts genüge zu leisten, die grundlegenden Menschenrechte anzuerkennen und die Besatzung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung zu beenden; und In Anbetracht der Tatsache, dass in der Geschichte aufrichtige Menschen in der internationalen Gemeinschaft immer wieder die moralische Pflicht übernommen haben, gegen Unterdrückung zu kämpfen, wie es im Kampf gegen Apartheid in Südafrika die verschiedenen Formen von Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gezeigt haben; inspiriert vom Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid und im Sinne der internationalen Solidarität, moralischen Standfestigkeit und des Widerstands gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung, rufen wir, RepräsentantInnen der palästinensischen Zivilgesellschaft, internationale Organisationen und alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt dazu auf, weitgreifend Boykotts and Investitionsentzug gegen Israel durchzusetzen, ähnlich der Maßnahmen gegen Südafrika während der Apartheid. Wir appellieren an Sie, Druck auf Ihren jeweiligen Staat auszuüben, um Embargos und Sanktionen gegen Israel zu erreichen.

Wir laden ebenfalls gewissenhafte Israelis dazu ein, diesen Aufruf zu unterstützen, der Gerechtigkeit und einem echten Frieden willen. Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen müssen solange aufrecht erhalten bleiben, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, und zur Gänze den Maßstäben internationalen Rechts entspricht, indem es: 1. Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt; 2. Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und 3) Die Rechte der palästinensischen Flüchtlingen, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.

Quelle: <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/>

Erwägungen zum Umgang mit dem Bundestagsbeschluss in Sachen BDS (Boycott, Desinvestition, Sanktionen gegen Israel) (Klaus Müller)

Der Deutsche Bundestag hat dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.5.2019 zugestimmt. Der Antrag trägt den Titel „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten - Antisemitismus bekämpfen“ und beinhaltet den Spitzensatz: „Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch.“ M.E. zu Recht erhebt sich Kritik (sowohl hierzulande als auch aus israelischen und palästinensischen Kreisen) gegen die grobe Ineinsetzung von Boykott und Antisemitismus. Cornelia Füllkrug-Weitzel von „Brot für die Welt“ hat als eine der Ersten dazu das Nötige in aller Klarheit gesagt (s.u.).

Wie nun auf den Bundestagsbeschluss reagieren?

Möglich ist ausgehend vom Beschlusstext eine bestimmte, differenzierende Interpretation einzufordern - will heißen: Im Text steht: „Der *allumfassende* Boykottaufruf führt in seiner Radikalität zur Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes. Dies ist inakzeptabel und scharf zu verurteilen“ - ich sage: ja, insofern es um den Totalboykott alles Israelischen geht, ist er abzulehnen, weil er einseitig-monokausal Schuld zuweist. Das hat nichts mit differenzierter politischer Analyse zu tun, ist aber per se nicht einfach schon antisemitisch.

Jene oben benannte Spitzenaussage im Beschluss („Die Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung sind antisemitisch.“) darf m.E. nicht unkommentiert stehen bleiben: Sie hat nur Gültigkeit für den Totalboykott alles dessen, was israelisch und jüdisch ist. Sie ist zu präzisieren in einem Satz wie „Insoweit sich in den Reihen der BDS-Bewegung antisemitische Muster und Methoden ausprägen, finden sie entschlossenen Widerspruch. Eine politische Auseinandersetzung, die in der Diktion des Hasses und der Diffamierung geäußert wird, verliert ihre Berechtigung.“

Interpretatorisch geht es um die Einfügung eines schlichten „überall dort, wo“ in den bestehenden Text - dann würde es heißen: „Der Deutsche Bundestag verurteilt alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe *überall dort, wo* sie als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind“. Eine solche Lesart würde nolens volens in etwa der Diktion des Beschlussantrags der Linkspartei entsprechen. Im Übrigen sind die drei Grundanliegen der BDS-Bewegung (Beendigung der Besatzung, gleiche Rechte für jüdische und arabische Israelis, Anerkennung des palästinensischen Rückkehrrechts) nicht per se antisemitisch, sondern legitimer Gegenstand politischer Verhandlungen. Auch das vermeintlich völlig inakzeptable Rückkehrrecht der Palästinenser ist in einem fruchtbaren Dialog auszuloten: Solange nicht auch eine palästinensische Leidens- und Verlustgeschichte anerkennend in den Blick kommt, kann es für beide Konfliktparteien nicht in Richtung Frieden weitergehen.

Replik auf den Bundestagsbeschluss von Cornelia Füllkrug-Weitzel:

Für eine differenzierte Debatte. Antisemitismus bekämpfen - aber mit den richtigen Mitteln. Warum eine differenzierte Debatte über BDS nötig ist. 17.5.2019

Brot für die Welt lehnt jegliche Form von Antisemitismus und jede Infragestellung des Existenzrechts Israels entschieden ab und beobachtet den Anstieg antisemitischer Straftaten mit großer Sorge. Brot für die Welt unterstützt keine Projekte, die BDS (Boykott, Desinvestition, Sanktion) zum Ziel oder Inhalt haben und lehnt Aufrufe zum Boykott "gegen Israel, israelische Waren und Dienstleistungen, Künstlerinnen und Künstler, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Sportlerinnen und Sportler" ab.

Die heute beschlossene Bundestags-Resolution macht BDS jedoch in einer Weise für Antisemitismus verantwortlich, die stark verkürzt ist. Wir sehen die Gefahr, dass nun alle Organisationen, die ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung fordern, verunglimpft werden und ihnen damit die Finanzierungsgrundlage entzogen wird.

Es gehört zur DNA von Brot für die Welt, Antisemitismus, den Hass auf Juden, scharf zu verurteilen und entschieden abzulehnen und sich weltweit für Menschenrechte und Gewaltfreiheit einzusetzen. Antisemitismus in Deutschland ist ein ernstes Phänomen mit abscheulichen Auswüchsen und wir sehen - wie der Bundestag - mit großer Sorge seine Zunahme in den letzten Jahren. Die Ursachen sind komplex und haben eine lange Geschichte in unserem Land.

Intensive Auseinandersetzung mit eigener Vergangenheit

Eine der Ursachen des Antisemitismus ist der Jahrhunderte alte christliche Antijudaismus. Die evangelischen Kirchen in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahrzehnten intensiv damit auseinandergesetzt und Konsequenzen für Verkündigung und Lehre daraus gezogen. Genauso sind u.a. Fremdenfeindlichkeit, religiöser und politischer Fanatismus, Intoleranz und Rassismus Ursachen für Antisemitismus.

Wir stehen hinter dem entschiedenen Eintreten des Bundestages gegen den Antisemitismus. Ich wünschte mir aber, dass sich die demokratischen Parteien und die Bundesregierung der Bekämpfung der o.g. Ursachen entschieden annehmen und sich deutlicher davon abgrenzen, als wir es in den vergangenen Jahren erlebt haben. Wenn nun in dem Beschluss des Deutschen Bundestags unter der Überschrift ‚Antisemitismus bekämpfen‘ ausschließlich von BDS die Rede ist, als sei dies die einzige Ursache für Antisemitismus, wird dies der Tragweite des Themas nicht gerecht.

Fehlende Abgrenzung problematisch

BDS wird als eine homogene Bewegung dargestellt, die sie nicht ist. Sie ist von Land zu Land unterschiedlich ausgeprägt und motiviert - dem jeweiligen Kontext geschuldet. Dass heute von Teilen der BDS-Bewegung generell zum Boykott israelischer Handelsgüter und israelischer Künstlerinnen und Künstler aufgerufen wird, erinnert an die schrecklichste Phase der deutschen Geschichte und ist scharf zu verurteilen. Warum es innerhalb der sehr breit gefächerten BDS-Bewegung, keine Abgrenzung gibt von gewaltbereiten, rassistischen und fundamentalistischen Kräften, ist fragwürdig und hochproblematisch. Es gibt keine Legitimation für Antisemitismus.

Brot für die Welt unterstützt die BDS-Bewegung in keiner ihrer Ausformungen und unterstützt auch keine BDS-Projekte. Der interfraktionelle Bundestagsantrag wirft jedoch alles in einen Topf und drückt den Stempel Antisemitismus drauf. Das halten wir für verkürzt und politisch irreführend.

Als der BDS-Aufruf 2005 in den Palästinensischen Gebieten gestartet wurde, stellte er einen so verzweifelten wie ernsthaften Versuch der Bevölkerung dar, von nun an gewaltfrei gegen die Besatzung zu protestieren - gerade auf Grund der Erfahrungen mit massiver Gewalt, vielen Toten und Verletzten - auf beiden Seiten - im Zuge der sogenannten zweiten Intifada. Zahlreiche palästinische NGOs, Gewerkschaften und auch Kirchen und kirchliche Organisationen haben sie unterzeichnet. Dieser historische und politische Kontext gehört wahrgenommen.

Differenzierte Debatte nötig

Die Resolution des Bundestages setzt pauschal BDS und Antisemitismus gleich. Eine Differenzierung zwischen Antisemitismus und legitimer Kritik an der konkreten Besatzungspolitik der gegenwärtigen Regierung Israels fehlt. Ein dahingehender Passus in einem Vorentwurf des interfraktionellen Antrages, der dies ausdrücklich differenzieren wollte, wurde gestrichen mit der Begründung, dies sei so selbstverständlich, dass man das nicht eigens sagen müsse. An diese Selbstverständlichkeit wird in den folgenden Monaten zu erinnern sein!

Mittelfristig könnte die Resolution dazu genutzt werden, öffentlich Druck zu machen mit dem Ziel, dass alle deutschen Förderungen für palästinensische Organisationen einschließlich des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge UNWRA einzustellen sind, die sich 2005 BDS angeschlossen haben - und nicht nur die von BDS-Projekten, wie es jetzt in der Resolution heißt.

Leid der Bevölkerung nicht vergessen

Die palästinensische Bevölkerung leidet jetzt schon massiv darunter, dass es immer weniger humanitäre Hilfe und soziale Dienstleistungen gibt, nachdem US-Präsident Trump die weitere Unterstützung der palästinensischen Autonomiebehörde für den Betrieb von Krankenhäusern unterbunden hat. UN-Organisationen, EU-Finanzierungsmechanismen, die Kirchen und die NGOs, die dann von der Streichung deutscher Fördermitteln betroffen wären, gehören zu den wenigen, die Gesundheitsversorgung, Ausbildung, humanitäre Hilfe und Ernährungssicherung leisten.

Hilfe weiter nötig

Deutschland ist eines der größten Geberländer für humanitäre und Entwicklungshilfe weltweit, so auch in den palästinensischen Gebieten. Der Wegfall deutscher Unterstützung würde die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten ohne Aussicht auf und ohne Zugang zu irgendeiner Form sozialer Dienstleistung lassen, sie neben den politischen auch noch ihrer wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte berauben. Das ist ein gefährlicher Nährboden für Gewalt und könnte das Aus für Friedensbemühungen in der Region bedeuten.

Brot für die Welt und die evangelischen Kirchen in Deutschland setzen sich an der Seite ihrer Partner vor Ort seit Jahrzehnten für eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes ein, die die legitimen Interessen beider Seiten und die Menschenrechte berücksichtigt und im Interesse beider Völker ist. Der Spielraum dafür wird gegenwärtig in gefährlicher Weise durch polarisierende Debatten, pauschalierende Vorwürfe und möglicher Weise auch durch die Delegitimation von sozialen Akteuren immer weiter geschmälert. Wer kann das wollen?

- Quelle: [Blog von Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel](#)
- <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/dr-hc-cornelia-fllkrug-weitzel>
-

AUFRUF AN DIE BUNDESREGIERUNG VON 240 JÜDISCHEN UND ISRAELISCHEN WISSENSCHAFTLERN: SETZEN SIE „BDS“ NICHT MIT ANTISEMITISMUS GLEICH

3. Juni 2019

Mitte Mai wiesen jüdische und israelische Wissenschaftler, von denen viele in den Bereichen Antisemitismusforschung, jüdische Geschichte und Geschichte des Holocaust spezialisiert sind, auf den alarmierenden und zunehmenden Trend hin, Unterstützer palästinensischer Menschenrechte als antisemitisch abzustempeln. Dies geschah in einem an den Deutschen Bundestag gerichteten Aufruf zu mehreren Anträgen, die gegen die Bewegung für Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsmaßnahmen (BDS) eingereicht wurden. Viele von uns haben diesen Aufruf unterzeichnet. Am 17. Mai wurde einer dieser Anträge, eingereicht durch die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, angenommen. Wir lehnen diesen Beschluss, der auf dem falschen Vorwurf beruht, dass BDS als solches Antisemitismus gleichkommt, ab. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesem Beschluss nicht zu folgen und Antisemitismus zu bekämpfen, während sie die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, die unbestreitbar angegriffen werden, respektiert und schützt. Wie in der früheren Erklärung zum Ausdruck gebracht, betrachten wir Antisemitismus und alle Formen von Rassismus und Fanatismus als Bedrohungen, die bekämpft werden müssen, und wir ermutigen die deutsche Regierung und den Bundestag, dies zu tun. Der Bundestagsbeschluss unterstützt diesen Kampf jedoch nicht. Im Gegenteil, er untergräbt ihn. Die Meinungen zu BDS gehen unter den Unterzeichnern dieses Aufrufs erheblich auseinander: Manche mögen BDS unterstützen, während andere es aus verschiedenen Gründen ablehnen. Wir alle lehnen jedoch gleichermaßen die trügerische Behauptung ab, BDS sei als solches antisemitisch, und wir bekräftigen, dass Boykotte ein legitimes und gewaltfreies Mittel des Widerstands sind. Wir, darunter führende Antisemitismusforscher, erklären, dass man nach dem Inhalt und dem Kontext seiner Worte und Taten als Antisemit betrachtet werden sollte - ob sie nun von BDS-Unterstützern stammen oder nicht. Bedauerlicherweise ignoriert der Beschluss die ausdrückliche Ablehnung „aller Formen von Rassismus, einschließlich Antisemitismus“ durch die BDS-Bewegung. Die BDS-Bewegung versucht, die Regierungspolitik eines Staates zu beeinflussen, der für die anhaltende Besetzung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes verantwortlich ist. Eine solche Politik kann nicht immun gegen Kritik sein. In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass viele jüdische und israelische Einzelpersonen und Gruppen BDS entweder ausdrücklich unterstützen oder das Recht darauf verteidigen. Wir halten es für unangemessen und beleidigend, wenn deutsche Regierungs- und parlamentarische Institutionen sie als antisemitisch abstempeln. Darüber hinaus entsprechen die drei Hauptziele des BDS - die Beendigung der Besetzung, die volle Gleichberechtigung der arabischen Bürger Israels und das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge - internationalem Recht, auch wenn das dritte Ziel zweifellos diskussionswürdig ist. Wir sind entsetzt darüber, dass Forderungen nach Gleichberechtigung und der Einhaltung des Völkerrechts als antisemitisch angesehen werden. Wir kommen zu dem Schluss, dass der Anstieg des Antisemitismus eindeutig nicht die Sorge ist, die den vom Bundestag beschlossenen Antrag inspiriert hat. Im Gegenteil, dieser Antrag ist von den politischen Interessen und der Politik der am stärksten rechtsgerichteten Regierung Israels in der Geschichte des Landes angetrieben.

Seit Jahren bezeichnet die israelische Regierung unter Premierminister Benjamin Netanyahu jede Opposition gegen ihre illegale und friedenschädigende Politik als antisemitisch. Es kann niemanden überraschen, dass Netanyahu den Beschluss des Bundestages sehr begrüßt hat. Dies veranschaulicht, wie der Kampf gegen den Antisemitismus instrumentalisiert wird, um die Politik der israelischen Regierung abzuschirmen, die schwere Menschenrechtsverletzungen verursacht und die Chancen auf Frieden zerstört. Wir halten es für inakzeptabel und absolut kontraproduktiv, wenn die Unterstützung für „das Existenzrecht des jüdischen und demokratischen Staates Israel“ und der Kampf gegen Antisemitismus diese Politik

tatsächlich fördert. Zu allem Überfluss unterscheidet der angenommene Antrag nicht zwischen Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten. Er verurteilt kategorisch alle Boykotte israelischer Unternehmen und Waren - einschließlich der Unternehmen und Waren aus illegalen israelischen Siedlungen. Infolgedessen würde er eine Kampagne zum Boykott von Produkten eines an Menschenrechtsverletzungen beteiligten Unternehmens in einer Siedlung als antisemitisch einstufen. Dies stellt einen bedauerlichen Rückzug von der eindeutigen und konsequenten Ablehnung durch die Bundesregierung und die EU der israelischen Siedlungspolitik dar. Darüber hinaus ignoriert der Antrag, dass Erklärungen im Zusammenhang mit BDS durch die Meinungsfreiheit geschützt sind, wie auch von der EU bestätigt, die „fest entschlossen ist, die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit im Einklang mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu schützen, die auf dem Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten anwendbar ist, einschließlich in Bezug auf BDS-Aktionen, die in diesem Gebiet durchgeführt werden“. Gerade auf Grund seiner Geschichte sollte Deutschland bezüglich eines Rückzugs von diesen demokratischen Grundnormen sehr vorsichtig sein. Abschließend ist festzustellen, dass die Vermischung von BDS und Antisemitismus den dringenden Kampf gegen Antisemitismus nicht fördert. Die antisemitische Bedrohung geht nicht von palästinensischen Menschenrechtsaktivisten aus, sondern vor allem von der extremen Rechten und von dschihadistischen Gruppen. Die Leugnung dieser Tatsache könnte Muslime und Araber dem bedeutenden Kampf gegen Antisemitismus entfremden und behindert die Herausbildung echter Solidarität zwischen Juden, Israelis, Muslimen und Arabern im Kampf gegen Antisemitismus und andere Formen von Rassismus. Sie sendet auch eine falsche Botschaft an diejenigen, die sich der Unterdrückung des palästinensischen Volkes mit gewaltfreien Mitteln widersetzen.

Aus all diesen Gründen lehnen wir, jüdische und israelische Wissenschaftler, den Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ab. Nach dem Bundestagsbeschluss fordern wir nun die Bundesregierung auf, diesem Antrag nicht zu folgen und BDS nicht mit Antisemitismus gleichzusetzen. Vielmehr muss die Bundesregierung ihrer positiven Verantwortung zur Förderung und zum Schutz der Meinungs- und Vereinigungsfreiheit nachkommen. Darüber hinaus rufen wir die Bundesregierung dazu auf, ihre direkte und indirekte Finanzierung israelischer und palästinensischer Nichtregierungsorganisationen aufrechtzuerhalten, die der israelischen Besatzung friedlich entgegenwirken, schwere Verstöße gegen das Völkerrecht aufdecken und die Zivilgesellschaft stärken. Diese Organisationen verteidigen die Prinzipien und Werte, die das Herzstück der liberalen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und andernorts bilden. Sie brauchen mehr denn je finanzielle und politische Unterstützung.

Unterzeichnet von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern (institutionelle Zugehörigkeiten sind nur zu Identifikationszwecken genannt)

Quelle: <http://bds-kampagne.de/2019/06/07/aufruf-an-die-bundesregierung-von-240-juedischen-und-israelischen-wissenschaftlern-setzen-sie-bds-nicht-mit-antisemitismus-gleich/>

Ökumenische Erklärung zur Diffamierung gewaltfreien Widerstandes gegen Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen in Palästina/Israel durch den Deutschen Bundestag

„ChristInnen in Palästina sind tief traurig und verwirrt über den Bundestagsbeschluss, die internationale Bewegung für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) zu verurteilen und sie mit Antisemitismus gleichzusetzen. Welchen anderen Weg schlagen uns unsere deutschen Brüder und Schwestern vor, um das historische Unrecht zu überwinden – die Entwurzelung unserer Bäume, die Konfiszierung unseres Landes, die gewaltsame Umsiedlung unserer Menschen, das willkürliche Töten sowie die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und ihres Rechts, in Freiheit und Würde zu leben, frei von fremder Kontrolle und Besatzung?“ (Kairos Palästina, aus dem Aufruf an den Deutschen Bundestag, seinen Beschluss „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ zu revidieren, vom 23. Mai 2019)

„Achtet auf Antisemitismus und auf alle anderen Formen von Rassismus, aber achtet auch darauf, Euch nicht zum Schweigen bringen zu lassen von jenen, die Euch wegen der Kritik an der unterdrückerischen Politik Israels als Antisemiten abstempeln wollen...“ (Erzbischof i.R. Desmond Tutu in einem Offenen Brief an den Deutschen Evangelischen Kirchentag und den Rat der EKD vom 30. April 2015)

Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 2019 „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ beruht auf der Unterstellung, dass die von der palästinensischen Zivilgesellschaft 2005 ins Leben gerufene und seither international von Universitäten, Schulen, Kirchen usw. unterstützte gewaltfreie völkerrechts- und menschenrechtsbasierte BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) antisemitisch sei. Ihre drei Ziele sind ganz klar die Durchsetzung des Völkerrechts: Beendigung der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch den Staat Israel, Gleichberechtigung von PalästinenserInnen und IsraelInnen und das Recht auf Rückkehr oder Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge – Forderungen, die alle von UNO-Beschlüssen gedeckt sind. Natürlich kann es unter dem Mantel von BDS wie überall auch AntisemitInnen geben. Deren strafrechtlich relevante Aussagen und Handlungen gehören vor Gerichte. Mit seinem Beschluss stellt sich der Bundestag auf die Seite der völkerrechtswidrigen Politik des israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu und seiner rechtsnationalistischen Koalition – auch gegen viele jüdische Menschen, die den Propheten und der Tora oder den Menschenrechten folgen.

1 Wir bekräftigen unsere Solidarität mit Kairos Palästina, der Stimme der Kirchen in Palästina, die den Bundestag aufrufen, seinen Beschluss zu revidieren. Wir fordern die Kirchen in Deutschland auf, diesen Ruf ihrer Schwesterkirchen gegenüber den Abgeordneten der CDU, SPD, FDP und der Grünen öffentlich zu unterstützen.

2 Wir verweisen auf die über 60 jüdischen und israelischen WissenschaftlerInnen, die den Bundestag davor gewarnt haben, BDS mit Antisemitismus zu identifizieren, unabhängig davon, ob sie BDS aktiv unterstützen oder nicht.

3 Wir solidarisieren uns mit der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden e.V., deren Gemeinnützigkeit in Frage gestellt wird.

4 Wir finden es unerträglich, dass die Mehrheit der deutschen Parteien mit ihrer Parallelisierung der NS-Unrechtsparole „Kauft nicht bei Juden“ und BDS (das sich gegen die Politik des Staates Israel und nicht gegen Juden richtet) der deutschen Bevölkerung zumutet, schwerstes Unrecht aus Hitlers Nazizeit mit Methoden gewaltfreien Widerstandes, wie sie u.a. Mahatma Gandhi erfolgreich gegen England angewandt hat, gleichzusetzen. So redet sie einer letztlich den Faschismus verharmlosenden Geschichtsfälschung das Wort.

Wir werden die Möglichkeiten einer Verfassungsklage gegen den Beschluss vom 17.5. prüfen, um das für unsere Demokratie zentrale Recht auf Meinungsfreiheit in Deutschland nach Artikel 5 des Grundgesetzes zu verteidigen.

Erstunterzeichnende der Ökumenischen Erklärung vom 4. Juni 2019

Kairos Palästina Solidaritätsnetz, Gesine Janssen
FFE Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden, Dr. Dirk Harmsen
Solidarische Kirche im Rheinland, Pfr. i.R. Friedhelm Meyer
Freunde von Sabeel Deutschland e.V., Kirchenrat i.R. Ernst-Ludwig Vatter
Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München, Judith Bernstein
Pfarrer i.R. Dr. Wolfgang Doll, Kaiserslautern
Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Heidelberg
Pfr. Reinhard Hauff, Heiningen
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Ludwigshafen
Dr. Gerhard Liedke, Heidelberg
Dr. Boniface Mabanza, Heidelberg Brigitte Maske, Bielefeld
Dr. Klaus Poser, Freiburg
Dr. Michael Ramminger, Münster Clemens Ronnefeldt, Dipl.-Theol., Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes Wiltrud Rösch-Metzler, Journalistin, Stuttgart Prof. Dr. Franz Segbers, Universität Marburg
Prof. Dr. Hans G. Ulrich, Erlangen Prof. Dr. Rolf Verleger, Lübeck
Pfr. i.R. Harald Wagner, Pro Ökumene, Korntal Christa und Dr. Klausdieter Wazlawik, Berlin
Dr. Sören Widmann, Stuttgart
Dr. Wilhelm Wille, Freiburg

Quelle: <http://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2019/06/%C3%96kumenische-Erkl%C3%A4rung-zur-Verteidigung-des-Grundgesetzes-und-des-V%C3%B6lkerrechts-gegen%C3%BCber-dem-Deutschen-Bundestag-1.pdf>

Interview mit Michael Wolffsohn pro-Bundestagsbeschluss in Rheinische Post online am 12.6.2019

„Die Kampagne ist nicht diffus, sondern strategisch.“

München. Der 72-jährige Historiker und Publizist Michael Wolffsohn warnt im Interview vor einer Verharmlosung der Boykott-Organisation „Boycott, Divestment and Sanctions“, kurz BDS. Sie wolle nur eines: Israels Ende. Von Lothar Schröder

Längst ist es kein Einzelfall mehr, dass Musiker zu Unterstützern von BDS („Boycott, Divestment and Sanctions“) gehören, einer Organisation, die zum Boykott Israels aufruft, das Land als Apartheidstaat deklariert und das Existenzrecht Israels in Frage stellt. Inzwischen werden Künstler, die sich den BDS-Zielen anschließen, von Festivals ausgeladen; zuletzt der New Yorker Rapper Talib Kweli, der im Juli beim Düsseldorfer Open-Source-Festival auftreten sollte. Andere Unterstützer von BDS sind unter anderem Brian Eno und Roger Waters. Der Deutsche Bundestag hatte unlängst BDS als antisemitisch eingestuft.

Kritik an Israel muss nicht gleichbedeutend mit Antisemitismus sein. Ist das bei BDS anders?

Wolffsohn: Dass Israel weltweit und auch in Deutschland nicht kritisiert würde, ist eine Legende. Israel darf und soll kritisiert werden wie jeder andere Staat auch. Das geschieht besonders heftig durch die Opposition im Land selbst, die fast 50 Prozent der Israelis ausmacht. Entscheidend ist: Wird mit zweierlei Maß gemessen und geht es um Details oder ums Existenzielle? BDS ist der Wolf im Schafspelz. Sagt „Kritik“ und meint, auch wenn es viele Mit- und Nachläufer nicht durchschauen: „Weg mit Israel“.

Ein konkretes Beispiel?

Wolffsohn: BDS fordert die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen. Das waren 1947/48 rund 750.000. Inzwischen ist von mehr als sieben Millionen die Rede; Nachfahren inklusive. Die meisten echten Flüchtlinge von damals sind tot. Wie bei den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945. Damals zwölf Millionen. Nehmen Sie den gleichen Faktor wie bei den Palästinensern. Was das etwa für das heutige Polen bedeuten würde, ist jedermann klar. Nur Erzreaktionäre fordern das Rückkehrrecht der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen. Hitler-Deutschland begann den Krieg, hat ihn verloren, viele unschuldige Deutsche mussten fliehen oder wurden vertrieben. Palästinenser und umliegende arabische Staaten haben 1947/48 den Krieg gegen Israel begonnen und verloren. Wer einen Krieg beginnt und verliert, muss mit den Konsequenzen leben, so wie wir in Deutschland auch.

Wie gefährlich ist Ihrer Meinung nach der BDS? Und wie soll man auf etwas reagieren, das sich Kampagne nennt, eine diffuse Struktur und keine direkten Ansprechpartner zu haben scheint?

Wolffsohn: Was des einen Gefahr, ist des anderen Ziel. Gefahr für Israel, Ziel von BDS: Israels Ende. Die Kampagne ist nicht diffus, sondern strategisch: mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Diese wirkt auf Politiker, entscheidet letztlich Wahlen und bewirkt eine andere Politik. Das bedeutet: Die wunderbaren Instrumente der Demokratie werden im Namen der Menschlichkeit für Unmenschliches missbraucht - das Auslösen eines Staates. Da der Konflikt um den Judenstaat Israel seit 1882 tobt und vielschichtig ist, fehlt den meisten ein umfassendes Wissen darüber.

Viele BDS-Unterstützer sehen in Israel und im Verhältnis zu den Palästinensern ein koloniales Gebaren. Kann man diesen Vergleich ziehen?

Wolffsohn: Unsinn bleibt Unsinn, egal von wem er immer wieder neu vorgetragen wird. Im Rahmen der Entkolonialisierung gab es nur einen Staat, über dessen Gründung von der UNO abgestimmt wurde: Israel, am 29. November 1947.

Es gab Bestrebungen von BDS, Israel als Apartheid-Regime zu deklarieren.

Wolffsohn: An der falschen Apartheid-Beschuldigung zeigt sich die Absurdität von BDS besonders deutlich. Israel ist das einzige Land im Nahen Osten, in dem Araber, christliche wie muslimische, Drusen wie Beduinen überhaupt wählen dürfen. Bis 2019 war die Arabische Liste drittstärkste Fraktion im Parlament. Frau und Mann sind gleichberechtigt. Homosexuelle können sich nach Belieben entfalten. Überall da, wo Palästinenser außerhalb des israelischen Staatsgebiets leben, werden ihnen diese Rechte vorenthalten. Dass die BDS-Forderungen signifikant umgesetzt werden, sehe ich nicht. In fast allen westlichen Ländern hat man inzwischen verstanden, dass es um die Vernichtung Israels gehen soll, und das wird nicht passieren.

Warum sind vor allem - zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung - Popmusiker anfällig für BDS-Forderungen?

Wolffsohn: Jeder redet gerne mit, auch Ahnungslose. Faktenschwach und meinungsstark. Der Verführung ständiger Meinungsbekundungen erliegen in Massengesellschaften besonders sogenannte Stars. Die Massen himmeln sie an, und am Ende halten sich einige für fast so etwas wie den lieben Gott. Die Musiker sollten Musik machen. Ihre Gedanken sind frei und sie können so viel politisieren, wie sie wollen. Ihren Adressaten steht freilich ebenso frei, jene freien Gedanken zu verwerfen, weil die faktenfrei und kenntnislos sind.

In Nordrhein-Westfalen sind Bands von Festivals eingeladen worden, die BDS-Unterstützer sind. Ist das der richtige Weg?

Wolffsohn: Schwer zu beantworten. Insgesamt richtig, um zu zeigen: Bis hierher und nicht weiter. Andererseits macht man diese Wichtigtuer als Märtyrer gewichtig und dadurch scheinbar wichtig.

Was müssen Konzertveranstalter künftig bedenken? Müssen sie jedem Künstler zuvor eine Art „politische Unbedenklichkeitsbescheinigung“ ausstellen?

Wolffsohn: Sie müssen sich überlegen, ob sie nicht politisch als „nützliche Idioten“ missbraucht werden und ob sie für die Vernichtung des Judenstaates sein wollen.

Und wie hilfreich ist eine auch offizielle Verurteilung von BDS wie zuletzt durch den Deutschen Bundestag? Zeigt das überhaupt Wirkung?

Wolffsohn: Es ist ein erster Schritt. Nun muss die Umsetzung funktionieren. Norbert Röttgen und Co versuchen schon jetzt, die Umsetzung zu verhindern.

Würden Sie sagen, dass BDS die neue Form des Antisemitismus im 21. Jahrhundert ist?

Wolffsohn: Ja, und die vielen BDS-Gutmeinenden - es gibt sie - merken es nicht. Sie werden missbraucht. Höchste Zeit, aufzuwachen.

Quelle: https://rp-online.de/kultur/michael-wolffsohn-das-ziel-von-bds-ist-israels-ende_aid-39368509

Texte aus der Ökumene:

Concerns of the churches - The Christian approach to the Jews

01 August 1948

Amsterdam Assembly 1948. Extracts from Report of Committee IV

3· THE CHRISTIAN APPROACH TO THE JEWS

The Report was received by the Assembly and commended to the churches for their serious consideration and appropriate action.

Introduction

A concern for the Christian approach to the Jewish people confronts us inescapably, as we meet together to look with open and penitent eyes on man's disorder and to rediscover together God's eternal purpose for His Church. This concern is ours because it is first a concern of God made known to us in Christ. No people in His one world have suffered more bitterly from the disorder of man than the Jewish people. We cannot forget that we meet in a land from which 110,000 Jews were taken to be murdered. Nor can we forget that we meet only five years after the extermination of 6 million Jews. To the Jews our God has bound us in a special solidarity linking our destinies together in His design. We call upon all our churches to make this concern their own as we share with them the results of our too brief wrestling with it.

1. The Church's commission to preach the Gospel to all men

All of our churches stand under the commission of our common Lord, "Go ye into all the world and preach the Gospel to every creature." The fulfilment of this commission requires that we include the Jewish people in our evangelistic task.

2. The special meaning of the Jewish people for Christian faith

In the design of God, Israel has a unique position. It was Israel with whom God made His covenant by the call of Abraham. It was Israel to whom God revealed His name and gave His law. It was to Israel that He sent His Prophets with their message of judgment and of grace. It was Israel to whom He promised the coming of His Messiah. By the history of Israel God prepared the manger in which in the fulness of time He put the Redeemer of all mankind, Jesus Christ. The Church has received this spiritual heritage from Israel and is therefore in honour bound to render it back in the light of the Cross. We have, therefore, in humble conviction to proclaim to the Jews, "The Messiah for Whom you wait has come." The promise has been fulfilled by the coming of Jesus Christ.

For many the continued existence of a Jewish people which does not acknowledge Christ is a divine mystery which finds its only sufficient explanation in the purpose of God's unchanging faithfulness and mercy (Romans xi, 25-29).

3· Barriers to be overcome

Before our churches can hope to fulfil the commission laid upon us by our Lord there are high barriers to be overcome. We speak here particularly of the barriers which we have too often helped to build and which we alone can remove.

We must acknowledge in all humility that too often we have failed to manifest Christian love towards our Jewish neighbours, or even a resolute will for common social justice. We have failed to fight with all our strength the age-old disorder of man which anti-semitism represents. The churches in the past have helped to foster an image of the Jews as the sole enemies of Christ, which has contributed to anti-semitism in the secular world. In many lands virulent anti-semitism still threatens and in other lands the Jews are subjected to many indignities.

We call upon all the churches we represent to denounce anti-semitism, no matter what its origin, as absolutely irreconcilable with the profession and practice of the Christian faith. Anti-Semitism is sin against God and man.

Only as we give convincing evidence to our Jewish neighbours that we seek for them the common rights and dignities which God wills for His children, can we come to such a meeting with them as would make it possible to share with them the best which God has given us in Christ.

4• The Christian witness to the Jewish people

In spite of the universality of our Lord's commission and of the fact that the first mission of the Church was to the Jewish people, our churches have with rare exceptions failed to maintain that mission. This responsibility should not be left largely to independent agencies. The carrying on of this mission by special agencies has often meant the singling out of the Jews for special missionary attention, even in situations where they might well have been included in the normal ministry of the Church. It has also meant in many cases that the converts are forced into segregated spiritual fellowship rather than being included and welcomed in the regular membership of the Church.

Owing to this failure our churches must consider the responsibility for missions to the Jews as a normal part of parish work, especially in those countries where Jews are members of the general community. Where there is no indigenous church or where the indigenous church is insufficient for this task it may be necessary to arrange for a special missionary ministry from abroad.

Because of the unique inheritance of the Jewish people, the churches should make provision for the education of ministers specially fitted for this task. Provision should also be made for Christian literature to interpret the Gospel to Jewish people.

Equally, it should be made clear to church members that the strongest argument in winning others for Christ is the radiance and contagion of victorious living and the outgoing of God's love expressed in personal human contacts. As this is expressed and experienced in a genuine Christian fellowship and community the impact of the Gospel will be felt. For such a fellowship there will be no difference between a converted Jew and other church members, all belonging to the same church and fellowship through Jesus Christ. But the converted Jew calls for particular tenderness and full acceptance just because his coming into the Church carries with it often a deeply wounding break with family and friends.

In reconstruction and relief activities the churches must not lose sight of the plight of Christians of Jewish origin, in view of their special suffering. Such provision must be made for their aid as will help them to know that they are not forgotten in the Christian fellowship.

5• *The emergence of Israel as a state*

The establishment of the state "Israel" adds a political dimension to the Christian approach to the Jews and threatens to complicate anti-semitism with political fears and enmities.

On the political aspects of the Palestine problem and the complex conflict of "rights" involved we do not undertake to express a judgment. Nevertheless, we appeal to the nations to deal with the problem not as one of expediency—political, strategic or economic—but as a moral and spiritual question that touches a nerve centre of the world's religious life.

Whatever position may be taken towards the establishment of a Jewish state and towards the "rights" and "wrongs" of Jews and Arabs, of Hebrew Christians and Arab Christians involved, the churches are in duty bound to pray and work for an order in Palestine as just as may be in the midst of our human disorder; to provide within their power for the relief of the victims of this warfare without discrimination; and to seek to influence the nations to provide a refuge for "Displaced Persons" far more generously than has yet been done.

RECOMMENDATIONS

We conclude this report with the recommendations which arise out of our first exploratory consideration of this "concern" of the churches.

1. *To the member churches of the World Council we recommend:*

that they seek to recover the universality of our Lord's commission by including the Jewish people in their evangelistic work;

that they encourage their people to seek for brotherly contact with and understanding of their Jewish neighbours, and co-operation in agencies combating misunderstanding and prejudice;

that in mission work among the Jews they scrupulously avoid all unworthy pressures or inducements;

that they give thought to the preparation of ministers well fitted to interpret the Gospel to Jewish people and to the provision of literature which will aid in such a ministry.

2. *To the World Council of Churches we recommend:*

that it should give careful thought as to how it can best stimulate and assist the member churches in the carrying out of this aspect of their mission;

that it give careful consideration to the suggestion made by the International Missionary Council that the World Council of Churches share with it a joint responsibility for the Christian approach to the Jews;

that it be RESOLVED

That, in receiving the report of this Committee, the Assembly recognise the need for more detailed study by the World Council of Churches of the many complex problems which exist in the field of relations between Christians and Jews, and in particular of the following:

(a) the historical and present factors which have contributed to the growth and persistence of anti-semitism, and the most effective means of combating this evil;

- (b) the need and opportunity in this present historical situation for the development of co-operation between Christians and Jews in civic and social affairs;
- (c) the many and varied problems created by establishment of a State of Israel in Palestine.

The Assembly therefore asks that these and related questions be referred to the Central Committee for further examination.

Quelle: <https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/assembly/1948-amsterdam/concerns-of-the-churches-the-christian-approach-to-the-jews>

World Council of Churches (WCC) Policy on Palestine and Israel 1948-2016 (summary) 1. Januar 2017

This document is a summary and synthesis of policy positions on key issues pertaining to the situation in Palestine and Israel adopted by governing bodies of the World Council of Churches (WCC) from 1948 to 2016. It addresses major themes in these policy positions, but does not pretend to full comprehensiveness. The document has no official standing itself; for the official authoritative positions, the original policy documents referred to should be consulted directly.

Achieving a just peace under the rule of law is the best and only path towards ensuring the well-being and security of both Palestinians and Israelis. This is the core of WCC policy concerning the conflict. It is a conviction that has grown as 50 years of illegal occupation of Palestinian territory has claimed lives, denied human dignity and rights, distorted the futures of both peoples, and deepened the conflict between them. In developing its policy on these matters, the WCC is especially attentive to those who are most vulnerable and suffering, recognises the relevant UN resolutions as describing the basis for achieving peace with justice, and affirms that the Geneva Conventions determine the occupying power's responsibilities in the meantime. Policy is set by the WCC Assembly (WA), Central Committee (CC) and Executive Committee (EC).

Key positions on Palestine and Israel, in brief, are as follows:

- Palestinians have the right of self-determination; their duly elected governmental authorities must be recognised; their refugees have the right of return and require a permanent solution. (EC 2006, WA 1998, CC 1990, WA 1983, EC 1974, CC 1969, WA 1968, CC 1967)
- Israel and its legitimate security needs are recognised, beginning with the state's emergence in 1948, to UN guarantees for its existence, in the right to protect its people under international law, and in guarantees for the territorial integrity of all nations in the area including Israel. (CC 2011, EC 2004, WA 1983, EC 1974, CC 1969, WA 1968, CC 1967, WA 1948)
- Violence in all its forms is condemned, whether perpetrated by the State of Israel inside the Occupied Palestinian Territories or by Palestinian armed groups inside the State of Israel. The conflict cannot be resolved through the use of force but only through peaceful means. WCC member churches are called to accompany and encourage the commitment to non-violence and active engagement in peace negotiations. (CC 2016, CC 2009, EC 2009, EC 2006, EC 2004, CC 2002, EC 1993, WA 1983)
- Antisemitism is condemned. WCC calls upon all churches to denounce antisemitism, no matter what its origin, as irreconcilable with the profession and practice of the Christian faith. Antisemitism is a sin against God and humanity. Criticism of the policies of the Israeli government is not in itself anti-Jewish. (WA 1983, WA 1948, CC 1992)
- WCC supports a two-state solution where Israelis and Palestinians live side by side within secure, recognised borders and share Jerusalem, as per UN Security Council resolutions. (CC 2009, EC 2004, CC 2002, WA 1998, EC 1993, CC 1990, WA 1983, EC 1974, CC 1967)
- Supporting the churches and indigenous Palestinian Christian presence and witness for peace in Palestine and Israel is a central priority for WCC and the ecumenical movement. The Christian faith has its historical roots in this land, and is nourished by the unbroken witness of the local churches who have their own roots in apostolic times. WCC seeks to reinforce a positive engagement by churches in the life of the nations to which they belong. Loss of the Christian presence would endanger inter-communal conviviality and peace. The future of Christian communities is increasingly threatened by Israeli settlement policies and

violations of the fundamental rights of Palestinians. Local authorities must not interfere in internal church affairs. (CC 2016, CC 2011, EC 2006, CC 2002, WA 1998, CC 1990, WA 1983, WA 1975)

▫ The Kairos Palestine document is a call to the Palestinian Christian community to remain steadfast in their land, witnessing to God's love for all, while peacefully and creatively resisting the occupation. WCC member churches and the ecumenical movement are called to study and disseminate it, and listen and respond to the aspirations of Palestinian Christians expressed therein. (CC 2016, CC 2011)

▫ The occupation of the OPT since 1967 is illegal and must be ended. It is only through an end to the occupation and a just, comprehensive and lasting peace settlement based on Security Council resolutions 242 (1967) and 338 (1973) can security of both Palestinians and Israelis be assured. Without an end to occupation, the cycle of violence continues. (CC 2016, CC 2006, EC 2004, CC 2002, EC 2001, WA 1983, WA 1968, CC 1967)

▫ Settlements in the OPT are illegal, as is their expansion. Such settlements are prohibited by the Fourth Geneva Convention, illegal, unjust, incompatible with peace, antithetical to the legitimate interests of the State of Israel, an obstacle to the two-state solution and the establishment of a viable Palestinian state - as affirmed by UN Security Council resolution 2334 (2016). Israeli settlers and soldiers must be withdrawn. A freeze on all settlement construction and expansion should be implemented, as a first step towards the dismantlement of all illegal settlements in the OPT. (CC 2011, CC 2009, CC 2002, EC 2001, WA 1983)

▫ Construction of the Separation Barrier in occupied Palestinian territory is illegal. It is a grave breach of international law and humanitarian law, and must be removed from occupied territory. (EC 2004, CC 2003)

▫ Certain economic measures are legitimate forms of non-violent resistance to occupation and positive pressure for peace. WCC supports an international boycott of goods and services from illegal Israeli settlements in the OPT. WCC considers targeted economic measures an important non-violent strategy for promoting peace and abating violence, and encourages member churches to avoid investments or other economic links to illegal activities on occupied territory. Member churches are encouraged to "thoughtfully and prayerfully consider how they might respond from the foundation of their faith" in their own contexts. (CC 2016, CC 2014, CC 2009, EC 2009, EC 2006, CC 2005, EC 2001, CC 2001)

▫ Jerusalem must be an open, inclusive and shared city for two peoples and three religions. The rights of its communities - Muslim, Jewish and Christian, Palestinian and Israeli - including access to Holy Places and freedom of worship, must be assured. WCC opposes the annexation of East Jerusalem and other unilateral actions altering the city's geography and demography. The final status of Jerusalem must be agreed within the framework of international law and as part of a comprehensive Israeli-Palestinian peace settlement. Illegal settlements in and around Jerusalem - and restriction of Jerusalem residency rights - threaten this vision, pre-empting and obstructing negotiations for a comprehensive peace agreement. (CC 2009, EC 2006, EC 2000, WA 1998, WA 1983, CC 1980, WA 1975, CC 1974)

▫ The WCC supports groups on both sides working for peace and reconciliation, including inter-religious initiatives. (EC 2009, EC 2006, CC 2005, EC 2004, CC 2002, EC 1993, WA 1983)

▫ A just peace in Palestine and Israel is essential for peace in the world. Unresolved, this conflict generates instability in the region and insecurity in other regions. (EC 2006, CC 2002, WA 1998, CC 1979, CC 1969, CC 1967)

▫ Ecumenical accompaniment programme in Palestine and Israel (CC 2016, EC 2009, CC 2005, EC 2004, CC 2003, CC 2002, EC 2001)

▫ Palestine Israel Ecumenical Forum (CC 2016, CC 2009, EC 2009, CC 2008, CC 2006)

Quelle: <https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/public-witness/peace-building-cf/wcc-policy-on-palestine-and-israel-1948-2016-summary>

ÖRK reagiert auf falsche Medienberichte zu Israel und BDS-Kampagne

WCC Newsletter 29. Juli 2019

Deutsche Fassung veröffentlicht am: 30. Juli 2019

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) hat die Richtigstellung eines in der *New York Times* erschienen Artikels gefordert, in dem der ÖRK als Unterstützer der Kampagne für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) gegen Israel genannt wird.

Der Artikel von David M. Halbfinger, Michael Wines und Steven Erlanger ist in der Ausgabe der Zeitung vom 27. Juli erschienen.

Die der *New York Times* übermittelte Richtigstellung weist darauf hin, dass „der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) weder Mitglied irgendeiner Allianz ist, die ganz allgemein zum Boykott aufruft, noch Mitglied der so genannten BDS-Bewegung ist“.

Ganz im Gegenteil, erklärte die Direktorin der ÖRK-Kommunikationsabteilung Marianne Ejdersten, „der Artikel ist ganz einfach falsch“. Der ÖRK habe nie zu einem Wirtschaftsboykott des Staates Israel aufgerufen, sagte sie. Der ÖRK engagiere sich gemeinsam mit Kirchen und anderen Organisationen mit allen möglichen gewaltfreien, politischen und diplomatischen Mitteln für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel.

Der ÖRK unterstützt den Staat Israel seit seiner Gründung 1948. Der ÖRK hat immer wieder ein Ende der Gewalt, eine Verurteilung aller Formen von Antisemitismus, ein Ende des illegalen Siedlungsbaus in den besetzten palästinensischen Gebieten und die Verhandlung einer Zwei-Staaten-Lösung für den Konflikt dort gefordert.

Der ÖRK unterstützt weder in diesem noch in anderen Kontexten Boykotts aufgrund von Staatszugehörigkeit. Genauso wenig unterstützt er wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen den Staat Israel. Bereits seit Langem vertritt der ÖRK jedoch eine Grundsatzposition für den Boykott von Gütern und Dienstleistungen aus Siedlungen (die von der internationalen Staatengemeinschaft als illegal eingestuft werden) in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine weltweite Gemeinschaft von 350 Mitgliedskirchen, die zusammen mehr als eine halbe Milliarde Christinnen und Christen aus aller Welt vertreten. Der ÖRK ruft seine Mitgliedskirchen auf, in einer Welt, in der Hoffnung und Solidarität Keimzellen und Nährboden für Gerechtigkeit und Frieden sind, nach Einheit zu streben, ein gemeinsames öffentliches Zeugnis abzulegen und sich gemeinsam für die Menschen zu engagieren. Der ÖRK arbeitet mit Menschen aller Religionen zusammen, die mit dem Ziel der Verwirklichung von Gerechtigkeit und Frieden und der Schaffung einer gerechteren Welt nach Versöhnung streben.

Quelle: https://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/to-media-wcc-responds-to-false-media-reporting-on-israel-and-bds/image/image_view_fullscreen

ÖRK reagiert auf irreführenden Bericht von NGO Monitor und dessen Kritik an EAPPI



Eine ökumenische Begleitperson begleitet einen Hirten ins Jordantal, Oktober 2018. Foto: Albin Hillert/ÖRK

29. Januar 2019

Deutsche Fassung veröffentlicht am: 31. Januar 2019 Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) verurteilt Antisemitismus ausdrücklich und kategorisch. Der ÖRK erachtet Antisemitismus als unvereinbar mit dem Bekenntnis zum christlichen Glauben und der Ausübung dieses Glaubens und versteht ihn als Sünde gegen Gott und die Menschheit. Erst kürzlich haben wir diese Verurteilung als Reaktion auf den tragischen Anschlag auf die Tree of Life-Synagoge in Pittsburgh (USA) am 27. Oktober 2018 wiederholt und erneut bekräftigt. Dieser Anschlag war „ein furchtbarer Angriff gegen unser aller Menschsein“ (siehe englischsprachige Pressemitteilung unter <https://www.oikoumene.org/en/press-centre/news/wcc-expresses-sympathies-and-condemnation-in-wake-of-pittsburgh-synagogue-shooting>).

Der ÖRK würde eine ausreichend präzise und ausreichend weit anerkannte Definition von Antisemitismus begrüßen, um Fälle von verurteilenswertem Hass gegen Jüdinnen und Juden aufgrund ihres Jüdischseins klar bestimmen und benennen zu können und gleichzeitig legitime Kritik an den Handlungen Einzelner, Gruppen oder der israelischen Regierung davor schützen zu können, fälschlicherweise als „antisemitisch“ bezeichnet zu werden. Die von der Internationalen Allianz für Holocaustgedenken (International Holocaust Remembrance Alliance - IHRA) vorgeschlagene Definition ist für diesen Zweck jedoch leider wenig hilfreich. Die schwammige und inklusive Formulierung hilft leider eher jenen Personen und Instanzen, die jede Art von Kritik an der Politik der israelischen Regierung als antisemitisch motiviert darstellen wollen.

Zudem ist die Beschreibung des ÖRK von der Antisemitismus-Definition der IHRA als „nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition“ ein Verweis auf die Beschreibung der Definition von der IHRA selbst. (vgl. <https://www.holocaustremembrance.com/index.php/de/node/196>)

Der ÖRK fühlt sich weiterhin verpflichtet, seine Mitgliedskirchen, die palästinensischen Christinnen und Christen und all jene, die nach einem gerechten Frieden für beide Völker in der Region streben, der auf für alle geltenden Menschenrechten und der Würde aller Menschen in der Region aufbaut, zu begleiten und zu unterstützen. Wir können den Missbrauch einer Antisemitismus-Definition, der zum Ziel oder zur Folge hat, diese Vision zu untergraben oder auszuschließen, nicht hinnehmen.

Der ÖRK hat das Existenzrecht des Staates Israel innerhalb der international anerkannten Grenzen, mit uneingeschränkter Souveränität und ohne jede Gewaltandrohung seit Langem immer wieder bekräftigt - und möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, dies auch an dieser

Stelle noch einmal zu tun. Wir lehnen kategorisch jegliche Gewalt aufgrund von religiöser, ethnischer, rassistischer Zugehörigkeit oder jedes anderen Aspektes der Identität oder Gruppenzugehörigkeit einer Person ab.

Eingedenk der Situation der palästinensischen Christinnen und Christen bekräftigt der ÖRK aber gleichermaßen das Recht des palästinensischen Volkes, ohne militärische Besatzung leben zu können, ihr Recht auf Selbstbestimmung in ihrem eigenen Staat neben Israel und ihr Recht, ein Leben in Frieden führen zu können. In dem Maße, in dem eine bestimmte Politik oder bestimmte Praktiken der israelischen Regierung die Verwirklichung dieser Rechte erschwert oder verhindert, werden wir auch weiterhin unserer Kritik an derartigen Politik und derartigen Praktiken Ausdruck verleihen.

Wie bereits in unserer [früheren Reaktion auf den kürzlich veröffentlichten Bericht von NGO Monitor](#) vom 14. Januar 2019 erklärt, erwartet der ÖRK von *allen* Ländern, dass sie die internationalen Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und humanitäre Grundsätze einhalten und anwenden. Hier greifen wir Israel nicht besonders heraus. Viele Länder kommen ihren Verpflichtungen und Obliegenheiten nicht nach. Aber nach mehr als 50 Jahren militärischer Besatzung und weil die Hoffnung des palästinensischen Volkes auf die Umsetzung der Zweistaatenlösung angesichts der anhaltenden Besatzung und dem Fehlen internationalen Engagements schwindet, *ist* die Situation in der Region - tragischerweise - einzigartig und sie berührt die Seele all jener Menschen, für die das Heilige Land Quelle und Ursprung ihres Glaubens ist, und ein „Licht der Völker“.

Wir sind der festen Überzeugung, dass *weder* das Streben nach einem gerechten Frieden für beide Völker im Heiligen Land *noch* der anhaltende Kampf gegen das Gift des Antisemitismus dadurch vorangebracht wird, dass die Kritik an einer bestimmten Politik und bestimmten Maßnahmen der israelischen Regierung fälschlicherweise als „antisemitisch“ dargestellt wird. Im Gegenteil.

Quelle: <https://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/wcc-responds-to-misleading-report-by-ngo-monitor-and-its-criticism-of-eappi>

ÖRK-Programm EAPPI

Trainingslager für Israelkritiker?

Die israelische Organisation NGO Monitor übt scharfe Kritik am Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK). Dessen EAPPI-Programm befördere antiisraelische Propaganda und Judenhass. Der ÖRK reagiert mit einem offenen Brief. Vor Ort sorgt man sich um die Freiwilligen.

04. Februar 2019

Über das Ökumenische Begleitprogramm für Palästina und Israel (EAPPI) sind in den vergangenen 15 Jahren rund 1800 Freiwillige aus aller Welt nach Israel und in die besetzten Gebiete entsendet worden. Ihre Aufgabe ist es, Menschen in ihrem Alltag zu begleiten, etwa palästinensische Kinder in Hebron auf ihrem Weg zur Schule, auf dem sie an Besatzungssoldaten vorbeimüssen. Andere begleiten palästinensische Schäfer, deren Tiere in der Nähe illegaler Siedlungen weiden. Wieder andere beobachten das Geschehen an den israelischen Checkpoints.

Den israelischen Behörden ist EAPPI schon länger ein Dorn im Auge. So wurde der beigeordneten Generalsekretärin des Weltkirchenrats, Isabel Apawo Phiri, mit Verweis auf die vermeintlich antiisraelische Haltung des ÖRK im Dezember 2016 die Einreise nach Israel verweigert. Nun hat die israelische Organisation NGO Monitor Mitte Januar eine [18-seitige Studie vorgelegt](#), die zu dem Schluss kommt, dass der ÖRK mit EAPPI zu Antisemitismus und Israelfeindlichkeit beiträgt. Begründet wird diese These mit Zitaten von ehemaligen Freiwilligen. So sollen Südafrikaner die Situation in Palästina als Apartheid bezeichnet haben. In Kanada soll ein ökumenischer Begleiter den Einwurf eines Zuhörers, die Israelis würden mit den Palästinensern umgehen wie einst die Nazis mit den Juden, nicht deutlich genug zurückgewiesen haben. Als weiteren Beleg verweist NGO Monitor auf den Facebook-Post eines Ehemaligen, der einen blutenden Davidstern zeigt, unter dem tote Kinder liegen.

Die Organisation kommt zu dem Schluss, dass der ÖRK mit EAPPI ein „Trainingslager für antiisraelische Propaganda“ unterhalte. Der ÖRK und alle nationalen EAPPI-Koordinatoren (in Deutschland ist dies unter anderem Brot für die Welt) wollten Israel delegitimieren. Zudem hätten sich ÖRK-Vertreter mehrfach antisemitisch geäußert.

Der Weltkirchenrat weist in einem [offenen Brief alle Vorwürfe zurück](#). Antisemitismus sei eine „Sünde gegen Gott und die Menschheit“. Der ÖRK habe schon immer und in verschiedenen Kontexten „ungerechte Politik, Praktiken, Gewalt sowie die Verletzung der menschlichen Würde und der Menschenrechte kritisiert“. Der ÖRK unterstütze keine Boykottaufrufe oder wirtschaftliche Sanktionen gegen Israel insgesamt, sondern nur gegen israelische Waren, die in den besetzten Gebieten produziert würden. EAPPI sei auf die dringende Bitte der Kirchen in der Region entstanden, um den Problemen etwas entgegenzusetzen, „die leider spezifisch für diese Region sind“.

Probleme bei der Einreise befürchtet

Vor Ort bangt man nun um die Zukunft des Programms. „Wir fürchten, dass die Freiwilligen künftig Probleme bei der Einreise bekommen“, sagt Ibrahim Azar, Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land. Wenn Israel entscheide, die Freiwilligen nicht mehr ins Land zu lassen, könnten die Kirchen nicht viel dagegen tun. Dabei sei EAPPI sehr wichtig für die Menschen in Israel und den besetzten Gebieten und erfahre viel Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Israel.

Vielleicht müsse EAPPI aber neu ausgerichtet werden, gibt Azar zu bedenken. Von den lokalen Kirchen, die vor 15 Jahren zusammen mit dem ÖRK das Programm aus der Taufe gehoben

hatten, stünden einige nicht mehr voll dahinter. Das liege unter anderem daran, dass einige der damaligen Bischöfe und Patriarchen heute im Ruhestand sind. Azar plädiert deswegen dafür, dass alle lokalen Kirchenführer zusammenkommen und gemeinsam mit dem Weltkirchenrat für EAPPI neue Ziele definieren.

Einseitiger Einblick in das Leben in Israel

Uwe Gräbe, der lange in Israel gelebt hat und heute Nahostverbindungsreferent der Evangelischen Mission in Solidarität ist, die in den zurückliegenden Jahren mehrfach Freiwillige in das EAPPI-Programm entsandt hat, wirft den Machern der Studie mangelnde Neutralität vor. NGO Monitor beleuchtete ausschließlich Organisationen die gemeinhin als „pro-palästinensisch“ wahrgenommen werden, aber keine der zahlreichen „pro-israelischen“ Organisationen. Gräbe sagt, ein Programm wie EAPPI bräuchte es gar nicht, wenn der Staat Israel seine rechtsstaatlichen Mittel konsequent auch im Westjordanland einsetzen würde, etwa gegen Gewalt von Siedlern. „Leider geschieht dies nicht. Daher ist die Präsenz internationaler Freiwilliger nicht antisemitisch, sondern zur Deeskalation bis auf Weiteres dringend notwendig.“

Problematisch an EAPPI sei allerdings, dass die Freiwilligen nur einen sehr einseitigen Einblick in das Leben in Israel bekämen. Über EAPPI würden sie gewissermaßen in den „schmutzigen Hinterhof“ des an sich bunten, dynamischen und sehr facettenreichen Staates geschickt. Die Zeit des Einsatzes vor Ort sei zu kurz, um den Freiwilligen einen angemessenen Eindruck auch von der „anderen Seite“ zu vermitteln. „Daraus mag resultieren, dass einzelne Freiwillige nach ihrer Rückkehr bei Auftritten in der Öffentlichkeit ein Bild transportieren, welches der komplexen Realität vor Ort nicht gerecht wird“, sagt Gräbe. Den Entsendeorganisationen in Deutschland sei diese Gefahr bewusst, und sie versuchten dem insbesondere durch eine gute Vorbereitung entgegenzuwirken.

Quelle: <https://www.welt-sichten.org/artikel/35650/trainingslager-fuer-israelkritiker>



Ökumenischer Rat der Kirchen

Erklärung zum Ökumenischen Begleitprogramm für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel 27.5.2019

„Und als er nahe hinzukam und die Stadt sah, weinte er über sie und sprach: Wenn doch auch du erkennst an diesem Tag, was zum Frieden dient! Aber nun ist's vor deinen Augen verborgen.“

Lukas 19,41-42

Durch sein gewissenhaftes und intensives Engagement setzt sich der Ökumenische Rat der Kirchen für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina zugunsten der Bevölkerungen beider Regionen ein. Aus diesem Engagement setzt sich der Stoff zusammen, aus dem unser Glauben und das Erbe der ökumenischen Bewegung gemacht sind. Das wollen wir zum Ausdruck bringen, indem wir die Kirchen, die interreligiösen Partner und Gemeinden in diesen Ländern in ihrem Zeugnis und ihrer Arbeit für die Gerechtigkeit und den Frieden begleiten.

Als programmatische Antwort auf den Aufruf örtlicher Kirchenführer „zu kommen und zu sehen“, ist das Ökumenische Begleitprogramm für Palästina und Israel (EAPPI) ein in die Tat umgesetzter Leitspruch dieser ökumenischen Verpflichtung, bei dem Begleitung bedeutet, bedrohten Menschen und Gemeinden eine schützende internationale Präsenz zu bieten, Verstöße gegen die Menschenrechte zu überwachen und zu melden und das Leben in den besetzten Gebieten in der Realität zu erleben.

Im Land von Christi Geburt suchen wir nach Frieden, einem Frieden der sich auf Gerechtigkeit stützt und nicht auf Gewalt, Blutvergießen und Ausgrenzung der einen durch die anderen oder bei dem nicht ein ganzes Volk immer und immer wieder militärischer Besatzung und Kontrolle unterworfen ist.

So wie wir das Existenzrecht des Staates Israel und das Recht des jüdischen Volks auf Selbstbestimmung anerkennen, so verfechten wir auch das gleiche Recht für das palästinensische Volk, nämlich ihr Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenständigen Staat in den seit 1967 besetzten Gebieten und mit Jerusalem als gemeinsamer Stadt für zwei Völker und drei Glaubensrichtungen. So wie wir Antisemitismus kategorisch als Sünde gegen Gott und die Menschheit verurteilen, so lehnen wir auch Diskriminierung, Ausgrenzung, kollektive Bestrafung und Gewalt gegen das palästinensische Volk aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Rasse oder Religion als Sünde gegen Gott und die Menschheit ab.

Wir fordern eine Herangehensweise an die Situation zwischen Israel und Palästina, die nicht zu einem Wettstreit zwischen zwei gegensätzlichen Meinungen verkommt und bei der man sich nicht für die eine oder andere Seite entscheiden muss, sondern bei der die gemeinsame Menschlichkeit sowie die Würde und die Rechte, die Gott allen Menschen in dieser Region im gleichen Maß gegeben hat, anerkannt und bekräftigt werden.

Daher wird der ÖRK auch weiterhin das Zukunftsbild einer Zwei-Staaten-Lösung als die praktikabelste Konstellation für eine friedvolle Koexistenz und ein Ende der Besatzung und institutionalisierten Ausgrenzung in diesen Ländern unterstützen und vorantreiben.

Während der Tagung des Exekutivausschusses des ÖRK in Bossey in der Schweiz vom 22. - 28. Mai 2019 sahen wir voll Traurigkeit, dass viele der jüngsten Entwicklungen in der Region und diese betreffend nicht auf Frieden oder Gerechtigkeit abzielten, sondern die fortdauernde Besatzung, kontinuierliche Menschenrechtsverletzungen, verstärktes Leid, weitere Spannungen und die Bedrohung durch Konflikte und Terrorismus mit sich brachten, dass weitere

Menschen ihr Leben verloren und dass der Bevölkerung dort gleichberechtigte Menschenrechte und Würde zunehmend abgesprochen wurden. Diese Entwicklungen haben unter anderem die verbliebene Hoffnung untergraben, eine Zwei-Staaten-Lösung herbeiführen zu können, was sich sehr zum Schaden von Palästinensern und Israelis auswirkt.

Dem Exekutivausschuss ist deshalb folgendes ein Anliegen:

Er ruft alle Mitgliedskirchen des ÖRK, alle ökumenischen und interreligiösen Partner sowie alle Menschen mit einem Gewissen und die guten Willens sind dazu auf, Israelis und Palästinensern gleichermaßen die gleiche Menschenwürde und die gleichen Menschenrechte wie allen anderen Völkern zuzugestehen und für sie geltend zu machen.

Er bittet die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, zusammen mit den ÖRK-Mitgliedskirchen und den ökumenischen und interreligiösen Partnern, die Verringerung der humanitären Unterstützung palästinensischer Gemeinden bzw. deren Bedrohung zum Zwecke der politischen Beeinflussung nicht zu billigen;

Er bekräftigt das Engagement des ÖRK, den gerechten Frieden in Israel und Palästina ökumenisch zu begleiten und insbesondere die Kirchen in der Region bei ihrem Wirken für Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte und bei der Linderung des menschlichen Leidens zu unterstützen;

Er verpflichtet den ÖRK erneut dazu, mit ökumenischen und interreligiösen Partnern weltweit und mit den palästinensischen und israelischen Gruppen vor Ort zugunsten von Menschenrechten, Gewaltlosigkeit und einem Ende der militärischen Besatzung in den palästinensischen Gebieten zusammenzuarbeiten.

Er hält alle Parteien in der Region und alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft dazu an, sich im beiderseitigen Interesse von Palästinensern und Israelis für die Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen, die die Gründung eines eigenständigen palästinensischen Staats in den seit 1967 besetzten Gebieten beinhaltet, der neben Israel besteht und diesem gleichgestellt ist.

Er drückt seine tiefe Besorgnis über die zunehmenden Angriffe auf die palästinensische Bevölkerung und die Bemühungen aus, die Unterstützung der Palästinenser, die Linderung ihres Leids und einen gewaltlosen Einsatz für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina zu hintertreiben.

Quelle: https://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/resources/documents/executive-committee/bossey-may-2019/the-wcc-executive-committee-statement-ecumenical-accompaniment-for-a-just-peace-in-palestine-and-israel?set_language=de



The United Church of Christ, General Synod 30, and Israel/Palestine

What Synod Said, and What It Didn't— A Summary Guide for UCC Clergy and Members July, 2015

The 30th General Synod of the United Church of Christ met from June 26-30 in Cleveland, Ohio. In addition to a variety of significant business on its own structure, race issues in the US (mass incarceration and the Washington, DC football team name), and global issues (unification of Korea and the Armenian Genocide), Synod also addressed the Israeli-Palestinian conflict.

On Israel/Palestine, the General Synod **adopted** a resolution entitled, “A Call for the United Church of Christ to Take Actions toward a Just Peace in the Israeli-Palestinian Conflict.” The vote was 508 in favor, 124 opposed, and 38 abstentions (80.4% in favor, counting those who voted for or against; 75.8% in favor, counting all delegates).

This resolution calls upon the UCC to:

- A. Study the *Kairos* Palestine document as well as other perspectives on the occupied Palestinian territories
- B. Divest from companies that profit from the Israeli occupation of Palestinian land and people
- C. Boycott products made by companies that operate in illegal Israeli settlements in the occupied Palestinian territories
- D. Advocate with Congress to ensure Israel’s compliance with US laws, related to the \$3.1 billion of military aid that the US sends annually to Israel, and in light of Israeli human rights violations in the occupied Palestinian territories
- E. Continue to engage in interfaith dialogue, including with Jewish colleagues and organizations.

This resolution does **not** call for boycott or divestment from Israel. There is an important distinction between that and what the resolution calls for. The resolution addresses the Israeli occupation of Palestinian land and its people; it does not challenge Israel’s existence.

This resolution is an endorsement of the spirit of the Palestinian BDS (Boycott, Divestment, and Sanctions) Movement, but only addresses one of the BDS Movement’s calls—the end to occupation. The BDS Movement is a Palestinian civil society movement that was launched in 2005 and supports employing these tactics to bring about an end to the occupation, as well as two additional calls, which the UCC’s General Synod resolution does not address: “recognizing the fundamental rights of the Arab-Palestinian citizens of Israel to full equality; and Respecting, protecting and promoting the rights of Palestinian refugees to return to their homes and properties as stipulated in UN Resolution 194.”

The resolution seeks to employ a non-violent tactic to bring an end to the occupation, in response to the authentic and clear call of Palestinian Christian partners, especially as

articulated in the *Kairos Palestine* document (2009). The UCC has consistently condemned violence in all of its forms, not only in the Middle East. This approach is consistent with that understanding of ideal human relations.

The resolution focuses on Israeli policies; it does not seek to provoke or alienate our Jewish partners and friends. It does hope to stimulate dialogue on the realities of occupation and on the conflict as a whole, recognizing that the UCC has close ties of partnership and relationship with Palestinian Christians and their institutions, as well as other partners in Israel/Palestine, and that many Jewish colleagues have close ties with Israeli Jews and institutions in Israel (but not as many opportunities for encountering the occupation).

The UCC, through General Synod, has an extensive corpus of General Synod policy on Israel/Palestine dating back to 1967, and a very long history of engagement on the Middle East, as well as global justice issues throughout the world and over the course of our history, including the Congo, South Africa, the Philippines, Colombia, among other places.

Our engagement in the Middle East is part of the global witness, and our relationships with partners in the Middle East involves solidarity, advocacy, support of vital ministries of presence and witness (including refugee response, community development, conflict resolution, justice and peacemaking, education at many levels, health and wholeness, interfaith dialogue, and Christian presence). The UCC's General Synod positions in Israel/Palestine focus primarily on the situation of Palestinians living under occupation, seeking to end the occupation and various aspects of it. Taken as a whole, these positions characterize the uneven conflict between Israel and the Palestinians as:

- a conflict over land, control of resources, and political power, between two peoples: the Israelis and the Palestinians—Jews, Christians, and Muslims;
- a conflict that dates back into the first half of the twentieth century;
- a conflict that requires a negotiated political solution that addresses the main concerns such as security, boundaries, settlements, refugees, Jerusalem, resources (including water), and demographics and citizenship rights.
- It is not understood as a millennia-old civilizational conflict, or even as Jewish-Muslim; Palestinian Christians experience the same effects of occupation as their Muslim neighbors.

In previous years, the General Synod has adopted resolutions on the use of economic leverage, such as boycotts of Taco Bell and others related to the Immokalee tomato pickers movement for fair wages; boycotts of Mt. Olive pickles, also related to justice for the workers; and calls for corporate engagement and divestment from Apartheid-era South Africa.

General Synod 30 also considered, but **defeated**, a resolution that would have called upon the United Church of Christ to “recognize the actions of Israel against the Palestinians as *apartheid*,” according to the 2002 International Criminal Court definition. The vote was 312 in favor, 295 opposed, and 31 abstentions (51.4% in favor, counting those who voted for or against; 48.9% in favor, counting all delegates). The resolution again focused on the occupation and Israeli policies in the West Bank and around Gaza. It did **not** seek to name Israel an apartheid state. While more delegates supported the resolution than opposed it, it did not obtain the required 2/3 majority to pass.

Selected resources for further study:

Kairos Palestine—A Moment of Truth: A word of faith, hope and love from the heart of Palestinian suffering, http://www.globalministries.org/palestinian_christian_kairos.

Recommended reading on Israel/Palestine,

http://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/globalministries/legacy_url/5638/Books-Israel-Palestine.pdf?1419967449

UCC General Synod 30 Resolution on Israel/Palestine,

<http://uccfiles.com/pdf/GS30-A-CALL-FOR-THE-UNITED-CHURCH-OF-CHRIST-TO-TAKE-ACTIONS-TOWARD-A-JUST-PEACE-IN-THE-ISRAELI-PALESTINIAN-CONFLICT.pdf>

Past UCC General Synod resolutions on Israel/Palestine,

http://www.globalministries.org/israel_palestine_resolutions

This summary is prepared to assist clergy, members, and others in understanding and interpreting the actions of the 30th General Synod. For more substantive discussion, please contact Dr. Peter Makari, Executive, Middle East and Europe, Wider Church Ministries, UCC, in the National Setting of the UCC in Cleveland, OH. He can be reached at (216) 736-3227, and by e-mail at makarip@ucc.org.

Quelle: <http://www.uccfiles.com/pdf/General-Synod-and-Israel-Palestine.pdf>

New York Times-Artikel:

“United Church of Christ Approves Divestment to Aid Palestinians”

By Rick Gladstone

June 30, 2015

The United Church of Christ, one of the largest Protestant denominations in the United States, overwhelmingly [approved a resolution](#) Tuesday calling for divestment from companies that profit from [Israel’s](#) occupation or control of [Palestinian](#) territories, and a boycott of products from Israeli settlements.

Palestinians and their supporters welcomed the resolution, describing it as an indication that world opinion is isolating Israel. The Israeli government and its backers sharply criticized the church, describing the resolution as biased, deceptive and damaging.

While the resolution was not expected to have any economic effect on Israel, advocates said it was the moral weight of the measure, addressing one of the world’s most intractable and polarizing conflicts, that was significant.

Approval came at the church’s general synod in Cleveland, where delegates voted 508 to 124 in favor of divestment and boycott, with 38 abstentions. It was one of two resolutions on the Israeli-Palestinian conflict debated by the church, which has about one million members and more than 5,000 congregations nationwide.

The second resolution, which called the actions of Israel against Palestinians in the West Bank and Gaza Strip acts of apartheid, received 51 percent of the vote – 312 for, 295 against and 31 abstentions – failing to gain the two-thirds majority required for passage. Nonetheless, the slim majority was regarded by supporters of Israel as troubling.

Passage of that measure would have made the church the first in the United States to officially describe Israel’s behavior toward the Palestinians as apartheid.

The church’s boycott resolution reflects what supporters call the growing momentum of the [Boycott, Divest and Sanction](#) movement, which seeks to pressure Israel economically over the long-paralyzed Middle East peace process.

The church said in a statement that it “considers Tuesday’s actions a next step in the U.C.C.’s involvement with peace in the Middle East.”

The Rev. John Deckenback, conference minister of the church’s Central Atlantic Conference, which submitted the boycott resolution, called the outcome a reflection of the church’s “spirit of love for both Israelis and Palestinians.”

Religious activists in the denomination have been among the most outspoken in recent years over what they regard as Israel’s unjustified repression of Palestinians and their aspirations for an independent state. The activists have deplored militant attacks on Israelis and said they supported Israel’s right to exist but disagreed with its policies.

The boycott resolution was the second such measure passed by the church in the past decade but was considerably stronger and more specific than the first resolution. The first resolution, passed in 2005, broadly called for the use of economic leverage, including boycotts and adjustments in foreign aid.

The Israeli government, which has become increasingly concerned by the Boycott, Divest and Sanction movement, reacted swiftly, describing the church's positions on the Israeli-Palestinian conflict as distorted and historically biased against Israel.

“The U.C.C. resolutions on the Middle East conflict have reflected the most radical politics for more than a decade, and in no way reflect a moral stance or reality-based position,” said Emmanuel Nahshon, spokesman for the Israeli Ministry of Foreign Affairs. “People of faith ought to be acting to help Israel and the Palestinians to renew efforts to achieve peace, rather than endlessly demonizing one party in the conflict – in our view, the aggrieved party.”

StandWithUs, a pro-Israeli advocacy group based in Los Angeles, condemned what it called “anti-Israel extremists within the U.C.C.” for promoting both resolutions debated on Tuesday.

“In doing so, they severely damaged the U.C.C.’s relationship with the vast majority of the Jewish community, promoted hatred and discrimination against Israelis, and undermined efforts to achieve a just peace between Israelis and Palestinians,” the group [said in a statement](#) on its website.

Two other American churches – the Episcopal Church and the Mennonite Church USA – were also debating Israeli divestment measures this week at their conventions.

Last year, the Presbyterian Church (U.S.A.) [approved a resolution](#) to divest from three companies that it said supplied Israel with equipment used in the occupation of Palestinian territory. With about 1.8 million members, the church remains the largest to endorse divestment at a churchwide convention.

Prime Minister Benjamin Netanyahu of Israel and his subordinates have called the B.D.S. movement a new form of terrorism to delegitimize Israel. Supporters of the movement, including a growing number of American Jews, have called such criticism a scaremongering and divisive tactic meant to thwart legitimate debate about the Israeli occupation of lands seized in the 1967 Arab-Israeli war.

Representatives of Jewish Voice for Peace, an advocacy group based in Oakland, Calif. that has endorsed the B.D.S. movement, attended the United Church of Christ meeting as observers. They said they welcomed the boycott resolution and described it as a reflection of growing impatience with what they called Israel's intransigence.

“Progressives are speaking up, and it's only a matter of time until Israel is held accountable for its human rights abuses and violations of international law,” Lev Hirschhorn, a board member, said in a [statement](#) on the group's website.

Isabel Kershner contributed reporting.

Quelle: <https://www.nytimes.com/2015/07/01/us/united-church-of-christ-to-divest-israel-to-aid-palestinians.html>

.....

Communiqué World Council of Churches [WCC] and the International Jewish Committee for Interreligious Consultations [IJCIC]

“The normalization of hatred: challenges for Jews and Christians today.”

Communiqué

28 June 2019

Both the WCC and IJCIC are representative bodies of their respective religious communities. After a two-decade hiatus, the two groups have chosen to restore formal relations. The meeting was convened by Rabbi Daniel Polish, Chair of IJCIC, and Rev. Dr. Olav Fykse Tveit, General Secretary of the WCC; it was jointly chaired by Rabbi Noam Marans, Vice Chair of IJCIC, and H.E. Archbishop Dr. Vicken Aykazian, WCC executive committee member and a legate of the Armenian Apostolic Church.

This meeting, under the theme “The normalization of hatred: challenges for Jews and Christians today,” took place at a time of challenges both to religious life in general and to each of our communities in their various contexts. Among the issues that informed this gathering were: the rise of xenophobic nationalist movements in much of the world; suspicion of the agendas of religious communities and institutions, especially in Europe; the resurgence of overt antisemitism; the prevalence of Islamophobia; newly emerging anti-Christian attitudes; the continuing non-resolution of the Israeli-Palestinian conflict; worldwide hostility to vulnerable minorities; and the shocking erosion of civil society in many places and ways. We are particularly horrified by the recent increase in murderous attacks on places of worship in different parts of the world.

The decision was made to hold this meeting in France, since it faces many of the aforementioned challenges. While none of these challenges are unique to France, as religious leaders we felt that it was important to stand in solidarity with communities under pressure and to affirm our mutual religious commitment to democratic and pluralistic civil society. We are grateful for the hospitality and assistance offered to us by the Jewish and Christian communities of Paris.

The delegates began their deliberations with a context-setting overview of the conference theme presented by Gilles Clavreul, the former French Interministerial Delegate for the Fight against Racism and Antisemitism.

Subsequent presentations went into depth on the situation in France and the USA, and then elsewhere. In discussions regarding the Israeli-Palestinian conflict, it was recognized that there have sometimes been very real tensions between the positions of the WCC and IJCIC. This meeting took place with acknowledgment of the development in both more constructive communications and the way that differences are conveyed publicly. These discussions in Paris were characterized by openness, honesty, and an attempt to fully empathize with how profoundly important these issues are to Jews and Christians alike.

The remaining sessions focused on our shared challenge to address injustice in the world. Our religious traditions mandate that we honour the integrity and humanity of all, welcome and care for the stranger, and resist evil. We are living at a time when this demands our courageous attention.

The WCC and IJCIC explored ways in which, working together, our advocacy and interventions may be forces for good in the world. We are committed to addressing and opposing all forms of normalization of hatred, including antisemitism and attacks on religious communities. Areas of possible collaboration included: mutual education; environmental concerns; and gender justice.

This historic meeting concluded with a shared commitment to continue to communicate openly and regularly, to facilitate the joint efforts to affect change identified by the meeting, and to reconvene at regular intervals so that we can advance our respective and mutual responsibilities to our own communities and the world at large.

The World Council of Churches (WCC) is a worldwide fellowship of 350 member churches which represents more than half a billion Christians around the world. The WCC calls its member churches to seek unity, a common public witness and service to others in a world where hope and solidarity are the seeds for justice and peace. The WCC works with people of all faiths seeking reconciliation with the goal of justice, peace and a more equitable world.

www.oikoumene.org

The International Jewish Committee for Interreligious Consultations (IJCIC) serves on behalf of, and as an instrument of, its constituent member organizations to maintain and develop relations with the Vatican's Commission on Religious Relations with the Jews, the Ecumenical Patriarchate, the World Council of Churches, and other international religious bodies. IJCIC's members are: [American Jewish Committee](#) (AJC), [Anti-Defamation League \(ADL\)](#), [B'nai B'rith International](#) (BBI), [Central Conference of American Rabbis](#) (CCAR), [Israel Jewish Council on Interreligious Relations](#) (IJCIR), [Rabbinical Assembly](#) (RA), [Rabbinical Council of America](#) (RCA), [Union for Reform Judaism](#) (URJ), [Union of Orthodox Jewish Congregations of America](#) (OU), [United Synagogue of Conservative Judaism](#) (USCJ), and [World Jewish Congress](#) (WJC).

www.ijcic.org

Quellen:

<https://www.oikoumene.org/en/press-centre/news/wcc-ijcic-agree-to-restore-formal-relations-strengthen-communication>

<https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/communique-world-council-of-churches-wcc-and-the-international-jewish-committee-for-interreligious-consultations-ijcic/>



Im Geiste der Stockholmer Erklärung, welche ausführt: „Da die Menschheit noch immer von ... Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gezeichnet ist, trägt die Völkergemeinschaft eine hehre Verantwortung für die Bekämpfung dieser Übel“, hat der Ausschuss für Antisemitismus und Holocaustleugnung das IHRA Plenum in Budapest 2015 aufgefordert, die nachstehende Arbeitsdefinition von Antisemitismus anzunehmen.

Am 26. Mai 2016, entschied das Plenum in Bukarest:

die folgende nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition von Antisemitismus anzunehmen:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen:

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Jüdinnen und Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Jüdinnen und Juden oder die Macht der Jüdinnen und Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Jüdinnen und Juden.

- Das Verantwortlichmachen der Jüdinnen und Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Jüdinnen und Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nichtjüdinnen und Nichtjuden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z.B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust).
- Der Vorwurf gegenüber den Jüdinnen und Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Jüdinnen und Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Jüdinnen und Juden für Handlungen des Staates Israel.

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind (z.B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Jüdinnen und Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Jüdinnen und Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.

Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus

26. März 2021

Präambel

Wir, die Unterzeichnenden, legen die „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ vor. Sie ist das Ergebnis einer Initiative, die ihren Ursprung in Jerusalem hat. Zu den Unterzeichner:innen zählen internationale Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten, darunter Jüdische Studien, Holocaust-, Israel-, Palästina- sowie Nahoststudien. Die Erklärung profitierte auch von der Einbindung von Rechtswissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.

Im Geiste der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1969, der Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust aus dem Jahr 2000 und des Beschlusses der Vereinten Nationen zum Gedenken an den Holocaust aus dem Jahr 2005 vertreten wir die Auffassung, dass Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.

Im Wissen um die Verfolgung von Jüd:innen im Laufe der Geschichte und die universellen Lehren aus dem Holocaust und angesichts des besorgniserregenden Wiedererstarkens von Antisemitismus durch Gruppierungen, die Hass und Gewalt in Politik, Gesellschaft und im Internet mobilisieren, legen wir eine anwendbare, prägnante und historisch fundierte Kerndefinition von Antisemitismus mit einer Reihe von Leitlinien für die Benutzung vor.

Die Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus reagiert auf die „IHRA-Definition“, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen wurde. Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass sie sich selbst als „Arbeitsdefinition“ bezeichnet, haben wir uns um Verbesserungen bemüht, indem wir (a) eine präzisere Kerndefinition und (b) ein kohärentes Set von Leitlinien vorlegen. Wir hoffen, dass dies sowohl für das Monitoring und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich sein wird. Wir empfehlen unsere nicht rechtsverbindliche Erklärung als Alternative zur IHRA-Definition. Institutionen, die die IHRA-Definition bereits übernommen haben, können unseren Text als Hilfsmittel zu ihrer Interpretation nutzen.

Die IHRA-Definition enthält elf „Beispiele“ für Antisemitismus, von denen sich sieben auf den Staat Israel beziehen. Dies legt zwar einen unangemessenen Schwerpunkt auf einen bestimmten Schauplatz; allerdings besteht wirklich ein großer Bedarf an Klarheit über die Grenzen legitimer politischer Äußerungen und Handlungen in Bezug auf Zionismus, Israel und Palästina. Wir verfolgen ein doppeltes Ziel: (1) den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, indem wir definieren, was Antisemitismus ist und wie er sich manifestiert, und (2) Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren. Wir sind nicht alle der gleichen politischen Meinung und wir verfolgen keine politische Parteinahme. Die Feststellung, dass eine kontroverse Ansicht oder Handlung nicht antisemitisch ist, bedeutet weder, dass wir sie befürworten, noch dass wir sie ablehnen.

Die Leitlinien, die sich auf Israel-Palästina beziehen (Nr. 6 bis 15), sollten als Ganzes betrachtet werden. Generell sollte bei der Anwendung der Leitlinien jede im

Lichte der anderen und immer mit Blick auf den jeweiligen Kontext gelesen werden. Zum Kontext kann die Intention hinter einer Äußerung, ein Sprachmuster im Wandel der Zeit oder sogar die Identität des Sprechers oder der Sprecherin gehören, besonders wenn es um Israel oder den Zionismus geht. So könnte etwa Feindseligkeit gegenüber Israel Ausdruck eines antisemitischen Ressentiments sein, aber auch eine Reaktion auf eine Menschenrechtsverletzung oder eine Emotion, die eine palästinensische Person aufgrund ihrer Erfahrungen durch Handlungen seitens der staatlichen Institutionen Israels empfindet. Kurz: Bei der Anwendung dieser Leitlinien auf konkrete Situationen sind Urteilsvermögen und Sensibilität gefordert.

Definition

Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).

A. Allgemein

1. Es ist rassistisch, zu essentialisieren (eine Charaktereigenschaft als angeboren zu behandeln) oder pauschale negative Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung zu machen. Was für Rassismus im Allgemeinen gilt, gilt im Besonderen auch für Antisemitismus.

2. Das Spezifikum des klassischen Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüd:innen seien mit den Mächten des Bösen verbunden. Dies steht im Zentrum vieler antijüdischer Fantasien, wie etwa der Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, in der „die Juden“ eine geheime Macht besäßen, die sie nutzen, um ihre eigene kollektive Agenda auf Kosten anderer Menschen durchzusetzen. Diese Verknüpfung zwischen Jüd:innen und dem Bösen setzt sich bis heute fort: in der Fantasie, dass „die Juden“ Regierungen mit einer „verborgenen Hand“ kontrollieren, dass sie die Banken besitzen, die Medien kontrollieren, als „Staat im Staat“ agieren und für die Verbreitung von Krankheiten (wie etwa Covid-19) verantwortlich sind. All diese Merkmale können für unterschiedliche (und sogar gegensätzliche) politische Ziele instrumentalisiert werden.

3. Antisemitismus kann sich in Worten, Bildern und Handlungen manifestieren. Beispiele für antisemitische Formulierungen sind Aussagen, dass alle Jüd:innen wohlhabend, von Natur aus geizig oder unpatriotisch seien. In antisemitischen Karikaturen werden Jüd:innen oft grotesk, mit großen Nasen und in Verbindung mit Reichtum dargestellt. Beispiele für antisemitische Taten sind: jemanden angreifen, weil sie oder er jüdisch ist, eine Synagoge angreifen, Hakenkreuze auf jüdische Gräber schmieren oder Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht einzustellen oder nicht zu befördern.

4. Antisemitismus kann direkt oder indirekt, eindeutig oder verschlüsselt („kodiert“) sein. Zum Beispiel ist „die Rothschilds kontrollieren die Welt“ eine kodierte Behauptung über die angebliche Macht „der Juden“ über Banken und die internationale Finanzwelt. In ähnlicher Weise kann die Darstellung Israels als das ultimative Böse oder die grobe Übertreibung seines tatsächlichen Einflusses eine kodierte Ausdrucksweise sein, Jüd:innen zu rassifizieren und zu stigmatisieren. In vielen Fällen ist die Identifizierung von kodierter Sprache eine Frage des jeweiligen Kontextes und der Abwägung, bei der diese Leitlinien zu berücksichtigen sind.

5. Es ist antisemitisch, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen, indem man behauptet, der vorsätzliche Völkermord der Nazis an den Jüd:innen habe nicht stattgefunden, es habe keine Vernichtungslager oder Gaskammern gegeben oder die Zahl der Opfer bestehe nur in einem Bruchteil der tatsächlichen Anzahl.

B. Israel und Palästina: Beispiele, die als solche antisemitisch sind

6. Die Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus (siehe Leitlinien 2 und 3) auf den Staat Israel anzuwenden.

7. Jüd:innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agent:innen Israels zu behandeln.

8. Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen (z.B. bei einer politischen Versammlung).

9. Anzunehmen, dass nicht-israelische Jüd:innen, bloß weil sie jüdisch sind, zwangsläufig loyaler zu Israel stehen als zu ihren eigenen Ländern.

10. Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzuspochen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben.

C. Israel und Palästina: Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind (unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht)

11. Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind.

12. Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus oder das Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Es ist nicht per se antisemitisch, Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner:innen „zwischen dem Fluss und dem Meer“ volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem föderalen Staat oder in welcher Form auch immer.

13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, wie beispielsweise das Verhalten Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die Rolle, die Israel in der Region spielt, und jede andere Art und Weise, in der es als Staat Vorgänge in der Welt beeinflusst. Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.

14. Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.

15. Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck „doppelter Standards“ betrachtet wird, ist nicht per se antisemitisch. Im Allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.

JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

Fragen und Antworten

Was ist die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (Jerusalem Declaration on Antisemitism, JDA)?

Die JDA ist eine Ressource zur Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus. Sie umfasst eine Präambel, eine Definition und 15 Leitlinien.

Wer hat sie verfasst?

Eine Gruppe internationaler Wissenschaftler:innen mit Schwerpunkten in der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen. Die JDA wird von einem breiten Spektrum renommierter Wissenschaftler:innen und Institutsleiter:innen in Europa, den USA und Israel unterstützt.

Warum „Jerusalem“?

Die JDA geht ursprünglich auf eine Konferenz am Van Leer Institut in Jerusalem zurück.

Warum jetzt?

Die JDA reagiert auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus, die die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 2016 vorgelegt hat. Die „IHRA-Definition“ (einschließlich ihrer „Beispiele“) ist weder klar noch kohärent. Was auch immer die Absichten ihrer Befürworter sein mögen, sie verwischt den Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik am Staat Israel und am Zionismus. Dies führt zu Irritationen und delegitimiert gleichzeitig die Stimmen von Palästinenser:innen und anderen, einschließlich Jüd:innen, die sehr kritische Ansichten über Israel und den Zionismus haben. Nichts davon trägt zur Bekämpfung von Antisemitismus bei. Die JDA reagiert auf diese Situation.

Ist die JDA also als Alternative zur Arbeitsdefinition der IHRA gedacht?

Ja, das ist sie. Menschen, die guten Willens sind, suchen nach Orientierung in der Schlüsselfrage: Wann überschreitet die politische Rede über Israel oder Zionismus die Grenze zum Antisemitismus und wann sollte sie geschützt werden? Die JDA soll diese Orientierungshilfe bieten und sollte daher als Ersatz für die IHRA-Definition angesehen werden. Wenn eine Organisation jedoch die IHRA-Definition formell übernommen hat, kann sie die JDA nutzen, um die Unzulänglichkeiten der IHRA-Definition zu korrigieren.

Für wen gilt die Definition?

Die Definition gilt unabhängig davon, ob jüdische Identität ethnisch, biologisch, religiös, kulturell usw. verstanden wird. Sie ist auch in Fällen anwendbar, in denen eine nicht-jüdische Person oder Institution entweder fälschlicherweise für jüdisch gehalten wird („Diskriminierung aufgrund der Wahrnehmung“) oder wegen einer Verbindung zu Jüd:innen angegriffen wird („Diskriminierung aufgrund von Assoziation“).

Sollte die JDA offiziell z.B. von Regierungen, politischen Parteien oder Universitäten übernommen werden?

Die JDA kann als Ressource für unterschiedliche Zwecke genutzt werden. Dazu gehören die Aufklärung darüber und die Schaffung eines Bewusstseins dafür, wann Sprache oder Verhalten antisemitisch sind (und wann nicht), die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus usw. Sie kann genutzt werden, um im vorgegebenen Rahmen von Gesetzen und Normen zum Schutz der Meinungsfreiheit bei der Umsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen zu helfen.

Sollte die JDA als Teil von Gesetzen gegen Hassrede genutzt werden?

Nein, das sollte sie nicht. Sie ist keinesfalls als rechtliches oder quasi-rechtliches Instrument gedacht. Noch sollte sie rechtlich kodifiziert oder dazu genutzt werden, um

die legitime Ausübung der Freiheit von Forschung und Lehre zu beschränken oder um freie und offene Debatten innerhalb der durch die Gesetze zur Hasskriminalität vorgegebenen Grenzen zu unterdrücken.

Wird die JDA alle aktuellen Auseinandersetzungen darüber, was antisemitisch ist und was nicht, beilegen? Die JDA spiegelt klar die fachliche Autorität wissenschaftlicher Expert:innen aus den relevanten Feldern wider, doch kann sie nicht alle Streitpunkte beseitigen. Kein Dokument über Antisemitismus kann erschöpfend sein oder alle Formen vorwegnehmen, in denen sich Antisemitismus in der Zukunft manifestieren wird. Einige Leitlinien (z.B. Nr. 5) geben nur wenige Beispiele, um einen allgemeinen Aspekt zu verdeutlichen. Die JDA ist als Nachdenk- und Diskussionshilfe gedacht. Als solche ist sie eine wertvolle Ressource für Beratungen unter Stakeholder:innen/Interessensgruppen darüber, wie Antisemitismus zu identifizieren und wie ihm möglichst effektiv zu begegnen ist.

Warum geht es in 10 der 15 Leitlinien um Israel und Palästina?

Das spiegelt die Gewichtung in der IHRA-Definition wider, in der 7 von 11 „Beispielen“ sich auf die Debatte über Israel konzentrieren. Es reagiert zudem auf eine öffentliche Debatte, sowohl unter Jüd:innen als auch in der breiteren Bevölkerung, die ein Bedürfnis nach Orientierung in Bezug auf Meinungsäußerungen über Israel oder den Zionismus aufzeigt: Wann sollten sie geschützt sein und wann überschreiten sie die Grenze zum Antisemitismus?

Was ist mit anderen Kontexten außer Israel und Palästina?

Die allgemeinen Leitlinien (1-5) sind auf alle Kontexte anwendbar, einschließlich des rechtsextremen, in dem Antisemitismus zunimmt. Sie sind zum Beispiel auf Verschwörungstheorien anwendbar, dass „die Juden“ hinter der Covid-19-Pandemie steckten oder dass George Soros die Black-Lives-Matter- und Antifa-Proteste finanziere, um „verborgene jüdische Absichten“ zu verfolgen.

Unterscheidet die JDA zwischen Antizionismus und Antisemitismus?

Diese beiden Konzepte unterscheiden sich grundsätzlich. Nationalismus, jüdischer oder sonstiger, tritt in vielen Formen auf, steht aber immer zur Diskussion. Intoleranz und Diskriminierung, ob gegen Jüd:innen oder irgendjemand anderes, sind nie akzeptabel. Das ist ein Axiom der JDA.

Geht also aus der JDA hervor, dass Antizionismus nie antisemitisch ist?

Nein. Die JDA versucht zu klären, wann Kritik an (oder Feindseligkeit gegenüber) Israel oder dem Zionismus die Grenze zum Antisemitismus überschreitet und wann nicht. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiges Merkmal der JDA, dass sie (anders als die IHRA-Definition) auch angibt, was nicht per se antisemitisch ist.

Welche politischen Absichten liegen der JDA in Bezug auf Israel und Palästina zugrunde?

Keine. Genau darum geht es. Die Unterzeichnenden haben vielfältige Ansichten zum Zionismus und zum israelisch-palästinensischen Konflikt, einschließlich möglicher politischer Lösungen, zum Beispiel Ein-Staaten- oder ZweiStaaten-Lösung. Gemeinsam ist ihnen der Einsatz für zwei Dinge: den Kampf gegen Antisemitismus und den Schutz der Meinungsfreiheit auf der Grundlage universeller Prinzipien.

Aber unterstützt die Leitlinie 14 nicht BDS als gegen Israel gerichtete Strategie oder Taktik?

Nein. Die Unterzeichnenden haben unterschiedliche Ansichten zu BDS. Leitlinie 14 besagt nur, dass gegen Israel gerichtete Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen, wenngleich umstritten, nicht per se antisemitisch sind.

Wie kann man dann entscheiden, wann BDS (oder irgendeine andere Maßnahme) antisemitisch ist?

Dafür gibt es die allgemeinen Leitlinien 1 bis 5. In manchen Fällen ist offensichtlich, wie sie anzuwenden sind, in anderen nicht. Wie immer kann der Kontext bei der Einschätzung des Charakters jeglicher Form von Intoleranz oder Diskriminierung einen erheblichen Unterschied machen. Zudem sollte jede Leitlinie im Lichte der anderen gelesen werden. Manchmal ist eine Ermessensentscheidung zu treffen. Die 15 Leitlinien sollen dabei helfen. Laut Leitlinie 10 ist es antisemitisch, „Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben“.

Widerspricht das nicht den Leitlinien 12 und 13?

Es besteht kein Widerspruch. Die in Leitlinie 10 erwähnten Rechte haben jüdische Einwohner:innen des Staates, unabhängig von seiner Verfassung oder seinem Namen. Leitlinien 12 und 13 stellen nur klar, dass es nicht per se antisemitisch ist, andere politische oder verfassungsrechtliche Regelungen vorzuschlagen.

Was sind, kurz zusammengefasst, die Vorteile der JDA gegenüber der IHRA-Definition?

Es gibt mehrere, darunter:

- Die JDA profitiert von mehreren Jahren der Reflexion und kritischen Bewertung der IHRA-Definition. Im Ergebnis ist sie klarer, kohärenter und nuancierter.
- Die JDA führt nicht nur aus, was antisemitisch ist, sondern auch, im Kontext von Israel und Palästina, was nicht per se antisemitisch ist. Dies ist eine Orientierungshilfe, für die es großen Bedarf gibt.
- Die JDA beruft sich auf universelle Prinzipien und verbindet den Kampf gegen Antisemitismus, anders als die IHRA-Definition, klar mit dem Kampf gegen andere Formen der Intoleranz und Diskriminierung.
- Die JDA trägt dazu bei, einen Raum für die offene und respektvolle Diskussion schwieriger Themen zu schaffen, einschließlich der umstrittenen Frage der politischen Zukunft für alle Bewohner:innen Israels und Palästinas.
- Aus all diesen Gründen ist die JDA stichhaltiger. Anstatt zu spalten zielt sie darauf ab, alle Kräfte im Kampf gegen Antisemitismus breitestmöglich zu vereinen.